

ren Erfahrungen wollen diese Transparenz aber weder die Kämmerer von SPD und CDU noch die Landes- oder Bundesebene.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Tja, keiner will zahlen!)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form verfestigt bestehende Verwerfungen im kreisangehörigen Raum durch die Verteilungssystematik zwischen kreisfreien Städten und Städten im kreisangehörigen Raum. Durch die „Einwohnerveredlung“ – Herr Höne hat das auch schon angesprochen – beim kommunalen Finanzausgleich findet in großem Maßstab eine Umverteilung von Mitteln in den kreisfreien Raum statt.

Wie bei anderen Themen auch zeigt sich die Landesregierung hierbei beratungsresistent, obwohl diese Praxis bereits vom Verfassungsgericht hinsichtlich des Soziallastenansatzes gerügt wurde.

Minister Dr. Walter-Borjans hat den Ausschuss für Kommunalpolitik am 9. September 2016 darüber informiert, dass die Integrationspauschale gemäß Vereinbarung mit dem Bund den Ländern zu deren Entlastung zustehe. Unabhängig davon appellieren wir aber weiterhin an die Landesregierung, dass die Zuflüsse aus der Integrationspauschale auch dorthin zu leiten sind, wo die Integration geleistet wird, und zwar vor Ort in den Kommunen. Alles andere halten wir für unredlich.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Seit den 80er-Jahren findet ein kontinuierlicher Eigenkapitalverzehr in den Kommunen statt, der nicht nur die Ausgleichsrücklage, sondern auch die allgemeine Rücklage aufzehrt.

Lediglich 13,6 % der Kommunen in Nordrhein-Westfalen weisen aktuell ausgeglichene Haushalte auf. Aber unfassbare 25 % der zur Solidaritätsumlage verpflichteten Kommunen befinden sich selbst in der Haushaltssicherung. Ohne weitere Mittel des Landes werden die Kommunen eine Kehrtwende aus eigener Kraft nicht schaffen. Der reale Verbundsatz nach Abzug des darin enthaltenen Belastungsausgleichs liegt aktuell bei nur 21,8 %. Wir plädieren seit langer Zeit für eine Rücknahme der Absenkung der Verbundquote und eine Heraufsetzung auf die ursprünglichen 28,5 %.

Nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, sondern alle Sachverständigen sprachen sich in der Anhörung am 30. September ebenfalls dafür aus, diesen Schritt baldmöglichst zu gehen. Umso bedauerlicher ist es, dass die Landesregierung auch hier dringende Empfehlungen von Sachverständigen und Experten wie gehabt ignoriert.

Fazit: Ohne das zentrale Element einer Erhöhung der Verbundquote, ohne eine Weiterleitung aller Bundeszuschüsse zur Integrationspauschale, mit

der Beibehaltung der fiktiven Hebesätze sowie ohne eine schrittweise Umsetzung hin zum Konnexitätsprinzip zementieren die vorliegenden Gesetzentwürfe nur die weiterhin stark gewachsene Belastung der Kommunen wie die bereits gerügte Umverteilung zulasten des kreisangehörigen Raums.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Frank Herrmann (PIRATEN): Wir lehnen den Gesetzentwurf daher in der vorliegenden Form ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Mir liegen zum Einzelplan 03 keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Beratungen des Einzelplans 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales.

Ich erinnere an die Absprache, dass zwischen 12:30 und 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur
und Sport**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13507

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf 2017 liegt uns der siebte Rechenschaftsbericht bzw. Tätigkeitsplan dieser rot-grünen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen vor. Diese Mehrheitsgruppe aus Rot und Grün hat seit 2010 mit ihren Stimmen alle Initiativen, die nicht von ihr selbst kamen, niedergeschmettert – und das ohne sachliche und fachliche Begründung.

Es reichte aus, dass der Briefkopf auf Anträgen und Initiativen nicht mit roter oder grüner Tinte gestaltet war. Das war und ist keine Koalition der Einladung. Deshalb tragen Sie von Rot-Grün auch die alleinige Verantwortung für all die Missstände, die durch Ihre unsägliche ideologische Politik in Nordrhein-Westfalen entstanden sind.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – Herbert Franz Goldman [GRÜNE]: So ist es! Genauso ist es!)

Leidtragende dieser verfehlten Politik sind die Familien, die Kinder und Jugendlichen unseres Landes. Schauen wir uns als Erstes den Kinder- und Jugendförderplan an. Trotz Zusage der Koalition 2010, nach Ablauf von fünf Jahren die finanziellen Zuwendungen im Kinder- und Jugendförderplan zu erhöhen, haben Sie nichts getan. Das Volumen liegt auch nach sechs Jahren immer noch auf dem Niveau von 2010.

Auch der heutige Haushaltsentwurf berücksichtigt die zusätzlichen Aufgabenstellungen nicht. Damit dokumentiert er Ihre Konzeptlosigkeit in der Kinder- und Jugendpolitik. Bereits im November 2015 – das hätte diese Landesregierung endlich wachrütteln müssen – stellten der ABA Fachverband, die Falken, die evangelischen und katholischen Arbeitsgemeinschaften der offenen Jugendarbeit fest, dass die offene Arbeit mit Blick auf die Förderung der Grundausstattung schlechter dasteht als im Jahr 1981. Sie haben richtig gehört: schlechter als 1981, als unsere Ministerin ihren ersten Geburtstag feierte.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Weiterhin wird kritisiert: Wer als Einrichtung oder Träger nichts hat, der bekommt auch nichts – egal, ob er eine höchst interessante Projektidee anzubieten hat oder nicht. Die Leidtragenden sind die Kinder und Jugendlichen. Weiter heißt es: Nicht pädagogische Notwendigkeiten dominieren, sondern vorzeigbare Projektergebnisse müssen avisiert werden.

Dieses Urteil der betroffenen Jugendverbände sagt uns alles. Die rot-grüne Kinder- und Jugendpolitik hat versagt. Rot-Grün ist in der Kinder- und Jugendpolitik ideenlos, konzeptlos und planlos.

Rot-Grün hat den Stillstand ausgerufen, hat lediglich jährliche haushalterische Überrollungen vorgenommen oder nur kleinste Erhöhungen versprochen, die nicht einmal die jährlichen Lohnsteigerungen berücksichtigen. Das, meine Damen und Herren, ist keine innovative Politik. Das ist nur verwalten statt gestalten. Tatenlos und fantasielos lässt diese rot-grüne Koalition die Dinge laufen.

Meine Damen und Herren, bei dem von uns entwickelten Erfolgsmodell „Familienzentren“ stehen Sie auf der Stelle. Sie haben den Ausbau mehr oder weniger gestoppt. Wir fordern Sie nochmals auf, dass im Jahre 2017 die Zahl von 3.000 selbstständigen Familienzentren erreicht wird, die wir bereits im Jahr 2012 erreicht hätten. Verschlafen Sie die Entwicklung nicht! Werden Sie endlich wach!

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir wollen, dass der Ausbau zügig weitergeht. Geben Sie Gas, damit dieses niederschwellige Superangebot endlich überall in Nordrhein-Westfalen besonders für unsere jungen Familien zur Verfügung steht!

Kommen wir nun zum Bereich der Kindertagesbetreuung. Bis zum Jahr 2010 – so zeigen alle Zahlen, Statistiken und Verlautbarungen – war die Welt noch in Ordnung, trotz der Hetzkampagnen einiger Ideologen.

(Lachen von Stefan Zimkeit [SPD])

Dann, oh Schreck, der Regierungswechsel zu Rot-Grün – damit verbunden die bewusste Nichteinlösung des Versprechens einer Evaluation des Kinderbildungsgesetzes. Sie von Rot-Grün haben in brutalster Form das Kinderbildungsgesetz ausbluten lassen.

(Widerspruch von den GRÜNEN – Zurufe von Andrea Asch [GRÜNE] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie haben gespart auf Kosten der Kinder. Sie haben Gutverdienende mit Wahlgeschenke begünstigt und dafür die Gefährdung der Gesundheit der Erzieherinnen und Erzieher billigend in Kauf genommen. Sie haben die Qualität der Einrichtungen systematisch nach unten regiert.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist verantwortungslos.

(Zurufe von den GRÜNEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Totaler Realitätsverlust!)

Meine Damen und Herren, die AWO berichtete noch in diesen Tagen, dass die notwendige Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung nicht mehr erreicht wird, dass marktgerechte Löhne nicht mehr zu zahlen seien und dass jährlich ca. 1,5 Milliarden € fehlen würden. Dann erklärt die Ministerpräsidentin dieses Landes – so berichten die „Aachener Nachrichten“ –, das sei nun einmal so, aber man habe kein Geld und man müsse die Situation irgendwie überbrücken.

Das, meine Damen und Herren, ist eine Bankrotterklärung, das ist eine kraftlose, eine ideenlose Familienpolitik. Das ist auch ein trauriger Beleg dafür, dass diese Landesregierung das Land heruntergewirtschaftet hat. Eine seriöse Finanz- und Sozialpolitik sieht anders aus!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihre Abschlussbilanz mit der Vorlage dieses Haushaltsplans ist ein Dokument Ihres Versagens in der Kinder-, Familien- und Jugendpolitik. Trotz großer Versprechungen und Ankündigungen einiger Modellprojekte und Hochglanzbroschüren haben Sie Nordrhein-Westfalen zurückgelassen und in Deutschland zum Schlusslicht gemacht. Es wird Zeit, dass diese Irrfahrt im Mai nächsten Jahres beendet wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Daniel Düngel [PIRATEN])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede hatte wohl nicht die Überschrift „IQ“, sondern „QI“ – Quantum an Idiotie, finde ich jedenfalls, weil kein Punkt korrekt oder richtig ist. Ganz im Gegenteil, lieber Kollege Tenhumberg! Ich mache einmal an ein paar Punkten deutlich, was wir seit dem Jahr 2010 gemacht haben.

Beispielsweise haben wir die Gesamtausgaben von 1,4 Milliarden € auf 3,6 Milliarden € erhöht. Das ist eine Steigerung, die in ganz Deutschland kaum ein anderes Land in der Qualität erreicht. Wir haben 587.500 Plätze in fast 10.000 Kitas. Wir haben 51.000 Kindertagespflegeplätze, wir haben ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot in Nordrhein-Westfalen. Und das haben wir seit 2010 sehr intensiv nach vorne getrieben. Sie müssen sich erinnern, lieber Bernhard Tenhumberg: Als wir im Jahr 2010 die Landesregierung übernommen haben, hatte der damalige Minister Armin Laschet gerade einen Baustopp für die U3-Plätze realisiert. Und wir haben seit 2010, liebe Kolleginnen und Kollegen, 80.000 neue U3-Plätze geschaffen.

(Henning Höne [FDP]: Das haben wir getan!)

Das ist sensationell und grandios für dieses Land: 80.000!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist fast perfekt, aber wir machen ihn noch ein bisschen perfekter durch unsere Anträge, die wir in der dritten Lesung stellen. Da werden wir beispielsweise rund 3,2 Millionen € in die Brückenprojekte investieren. Das ist hervorragend und gut investiertes Geld, weil da große Wirkung entfaltet wird. Wir werden den Kinder- und Jugendförderplan um 9 Millionen € zusätzlich erhöhen, lieber Bernhard Tenhumberg.

Da sage ich Ihnen noch einmal sehr deutlich, was die CDU im Kinder- und Jugendplan gemacht hat. 2005 hat sie allen Jugendlichen versprochen: Wir erhöhen den wieder auf 100 Millionen €. Dann sind Sie gewählt worden, und was haben Sie gemacht? – Nichts! Sie haben Ihr Versprechen gebrochen. Seit 2010, lieber Kollege Tenhumberg, haben wir den Landesjugendplan jetzt insgesamt um 29 Millionen € erhöht – innerhalb von sechs Jahren. Das ist bundesweit absolut Spitze, das soll uns mal jemand nachmachen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sehen es ja auch, lieber Kollege Tenhumberg, an der Reaktion der Verbände und an der Zusammenarbeit mit uns. Ich bin ziemlich sicher, dass Sie bei allen Jugendverbänden relativ wenig Stimmen im

Jahr 2017 einsammeln werden. Auch bei jeder Familie, die einigermaßen im Land unterwegs und orientiert ist, werden Sie keine Stimmen fangen können, weil Sie, lieber Bernhard Tenhumberg, und speziell Herr Laschet dafür gesorgt haben, dass wir in Nordrhein-Westfalen hohe und ungerechte Beiträge in den Kitas haben,

(Zuruf Ina Scharrenbach [CDU])

einen buntgefächerten Strauß an ungerechten Beiträgen. Auf diese Ungerechtigkeit hat der damalige Minister Laschet das Patent. Das muss man immer wieder deutlich machen.

Also, unsere Bilanz im Kinder- und Jugendbereich kann sich sehen lassen. Wir haben enorm zugelegt, wir haben all unsere Ziele erreicht, und das ist ein unheimlicher Erfolg dieser Landesregierung. Von daher bin ich auch sehr selbstbewusst, dass wir bei den Eltern, dass wir bei den Jugendverbänden einen starken Rückhalt haben. Die haben Sie damals abgewählt nach nur fünf Jahren. Ich bin sicher, die werden uns weiter unterstützen, weil wir mit diesem Haushalt einen hervorragenden Plan vorgelegt haben, wie es in der Zukunft weitergeht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Scharrenbach zulassen?

Wolfgang Jörg (SPD): Ja, gerne.

Ina Scharrenbach (CDU): Vielen Dank, Herr Jörg, für die Gelegenheit der Zwischenfrage. – In der Tat ist es so, dass sich die Kindergartenbeiträge sehr unterschiedlich entwickelt haben und vielfach im Ruhrgebiet arme Familien auch Armut selbst finanzieren müssen. Nur, wenn Sie das doch alles so ganz schlimm finden, warum haben Sie das eigentlich in den letzten sechs Jahren nicht korrigiert?

(Beifall von der CDU)

Wolfgang Jörg (SPD): Das kann ich Ihnen gerne beantworten: Weil diese Korrektur – daran kann man erkennen, was passiert, wenn man Strukturen einmal zerschlägt – rund 180 Millionen € kosten würde. Das ist Ihre Schuld.

(Zurufe von der CDU)

180 Millionen € würde es kosten. Und wir hätten es dann einfach nur so, wie wir es vorher hatten. 180 Millionen €! – Wir gehen da in eine ganz andere Richtung. Wir wollen weitere Beitragsfreiheit für die Familien.

(Zuruf von Ina Scharrenbach [CDU])

Das werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode erreichen, liebe Kollegin Scharrenbach.

(Beifall von der SPD)

Wir meinen: Bildung muss kostenlos sein – von der Kita bis zum Studium. Und das werden wir auch durchsetzen,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

weil wir damit Familien wirklich entlasten. Es ist eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, dass wir den Familien so hohe Gebühren aufschultern

(Ina Scharrenbach [CDU]: Sie!)

und sie sozusagen mit ihren Belastungen alleine lassen. Von daher sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg. Das ist die beste Familienpolitik im Lande, Familien finanziell zu entlasten. Sie tragen schon genug. Sie sind strukturell benachteiligt. Und das werden wir in der nächsten Legislaturperiode aufheben.

(Ina Scharrenbach [CDU]: Das haben Sie schon einmal versprochen!)

Ich möchte zum Schluss noch einen Dank sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zwar einen Dank an alle Erzieherinnen und Erzieher, einen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kinder- und Jugendeinrichtungen. Was sie in den letzten Jahren an Integrationsleistungen geliefert haben, ist beispielhaft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde, es verdient einen dicken Applaus für die Leistungen dieser Kolleginnen und Kollegen in unseren Einrichtungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ohne Sie wären wir in Sachen Integration noch weit hinten. Ohne Sie würde unser Bildungs- und Betreuungsbereich nicht so hervorragend dastehen, wie er jetzt aufgestellt ist. Also, ein herzliches Dankeschön! – Ich wünsche allen ein gesegnetes Weihnachtsfest. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, bevor wir in das Weihnachtsfest gehen, möchte ich Sie bitten, noch einen Moment hierzubleiben.

(Marcel Hafke [FDP]: Wir haben doch noch die nächste Plenarsitzung Mitte Dezember! – Wolfgang Jörg [SPD]: Ich werde die Erzieherinnen und Erzieher bis dahin wahrscheinlich nicht mehr ansprechen können!)

Herr Kollege Jörg, Sie haben von einem „Quantum an Idiotie“ gesprochen. Ich möchte Sie bei aller Schärfe der Auseinandersetzung herzlich bitten, das in Zukunft nicht mehr zu benutzen. Auch wenn wir

uns in der Sache hart auseinandersetzen, bitte ich Sie um eine gewisse Mäßigung bei der Formulierung, auch und gerade im Rahmen einer solchen politischen Auseinandersetzung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Okay!)

Das ist das Erste.

Das Zweite, Herr Kollege: Es liegt eine Kurzintervention des Kollegen Tenhumberg vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Bernhard, das war nicht böse gemeint! Entschuldigung! – Lachen von der CDU – Wolfgang Jörg [SPD]: Er kennt mich, er schnauzt mich auch schon mal an. Also, bitte!)

Herr Kollege Tenhumberg hat jetzt das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man in Nordrhein-Westfalen in der Kinder- und Jugendpolitik aktiv ist, muss man nicht meinen, dass man verschont wird. Diese Äußerungen von Rot-Grün kennen wir. Wir haben eine dicke Haut und können viel ertragen. Es geht uns hier aber um Kinder und Jugendliche.

Deshalb, Herr Kollege Wolfgang Jörg: Sie sprechen immer davon, dass Sie mehr Geld ausgeben. Allerdings sagen Sie immer seltener, dass wir auch mehr Kinder haben. Wir haben viel mehr Kinder im U3-Bereich, den Sie bis 2005 sträflich vernachlässigt haben. Wir haben mittlerweile 146.000 Plätze im U3-Bereich. Natürlich muss man dafür mehr Geld geben. Würden Sie bestätigen, Herr Jörg, dass Sie pro Kind gegenüber 2010 real weniger ausgeben? Würden Sie bestätigen, was alle Fachverbände und was der Haushaltsplan auch hergibt: real weniger unter Berücksichtigung der Preisspirale?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweite Anmerkung: Herr Wolfgang Jörg, Sie sagen immer, da seien die 100 Millionen € für den Landesjugendförderplan. Wir sind darüber sehr froh und werden auch einen Antrag stellen, dass diese Mittel erhöht werden. Aber Sie haben doch 2010 versprochen, zu erhöhen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben wir auch getan!)

– Nein, nach fünf Jahren, 2015, haben Sie alles wieder vergessen. Sie haben es nicht getan.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was?)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Sie 2004 den Jugendlichen 80 Millionen € geben wollten, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ich darf an die Zeit erinnern.

Bernhard Tenhumberg (CDU): ... aber nur 67 Millionen € ausgegeben haben. – Danke schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Also, ich weiß nicht, lieber Bernhard, wir sollten uns wegen der Zahlen vielleicht noch einmal zusammensetzen. Ihr hattet damals 80 Millionen € im Landesjugendplan. Wir haben mit diesem verabschiedeten Haushalt 109 Millionen €.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Ihr hattet 80 Millionen € drin, habt aber nur 67 Millionen € ausgegeben!)

Das sind 29 Millionen mehr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das muss doch einfach zu begreifen sein.

Wir haben den Etat – ich habe es vorhin gesagt – von 1,3 auf 3,6 Milliarden € erhöht. Das ist beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik. Daran herumzumäkeln, kommt bei den Betroffenen auch nicht mehr an. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hätte ich die Rede vom letzten Jahr nehmen können, weil sich Rot-Grün vom Gestaltungsanspruch völlig verabschiedet hat.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Sie sind seit über sechs Jahren in der Verantwortung. Die Bilanz in der Kita-Landschaft ist verheerend. Ein Großteil der Kitas ist unterfinanziert. 80 % der Kitas sagen, sie sind defizitär. Sie haben nachgesteuert und die Dynamik angeblich – um 1,5 auf 3 % – angepasst.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Trotzdem sind die Kitas in einer finanziellen Schieflage und so finanziell angespannt wie nie zuvor.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und wer hat die Basis dafür gelegt?)

Ich will Ihnen auch sagen, woran das liegt. Sie feiern sich jetzt hier – Wolfgang Jörg hat es gerade eben gemacht, Andrea Asch wird es gleich wieder machen –

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt wird es spannend!)

dafür ab, wie viel Geld Sie in das System investiert haben.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Zu Recht!)

– Zu Recht? – Ich will das noch einmal sagen: Sie haben in das Belastungsausgleichsgesetz investiert, das Grundlage ist, und die Elternbeitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr eingeführt. Das sind rund eine halbe Milliarde Euro, die fast am System vorbeifließen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Davon wird nicht eine Kita besser finanziert. Davon geht kein Kind zusätzlich in den Kindergarten, und keine Erzieherin wird besser finanziert. Das heißt, über 20 % der finanziellen Aufwendungen

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist falsch!)

verpuffen im System. Und das hätten Sie an dieser Stelle anders machen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und dann kommt der Vorschlag der Sozialdemokratie – so schön dieses Ziel ja auch ist –: Bei einem Schuldenberg von 145 Milliarden € verspricht Herr Römer, die Kindergartenbeiträge freizustellen.

(Jochen Ott [SPD]: Super ist das! Richtig!)

Wissen Sie eigentlich, was das kostet? Über eine halbe Milliarde Euro wird das zusätzlich kosten, Herr Römer. Und wissen Sie, was das große Problem dabei ist? Die Erzieherinnen werden trotzdem nicht besser bezahlt. Wir haben trotzdem nicht mehr Kindergartenplätze. Und die Tagespflege wird trotzdem schlecht bezahlt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das, was Sie damit vornehmen, ist eine Fehlsteuerung. Wenn Sie die Eltern fragen, welches das besser investierte Geld ist, dann sagen Ihnen alle Eltern: Wir wollen, dass zuerst die Kitas vernünftig ausgestattet sind, dass wir ausreichend Plätze haben, und dann erst die Beitragsfreiheit! – Also machen Sie an dieser Stelle bitte Ihre Hausaufgaben!

(Jochen Ott [SPD]: Das ist falsch!)

– Das ist nicht falsch. Wenn Sie mit den Menschen sprechen würden, wüssten Sie das.

Ein Weiteres: Seitdem Sie in der Verantwortung sind, haben Sie die Bürokratie nach oben gefahren.

(Jochen Ott [SPD]: In den Einkommensgruppen, mit denen Sie sich unterhalten, ist das so! Ein falsches Weltbild! – Zuruf von der SPD: Mövenpick-Kinder!)

Sie haben über zehn zusätzliche Pauschalen eingeführt. Die Kitas ächzen und stöhnen mittlerweile unter der Last der Bürokratie.

Dann sagen Sie auch, denen würde es jetzt viel besser gehen. Sie haben die plusKITA eingeführt und die Sprachfördergelder anders justiert. Aber nur 40 % der Kitas profitieren davon, die anderen überhaupt nicht. Im ländlichen Raum herrscht eine große strukturelle Benachteiligung.

Bei den Kitas, die – das hat die Landesregierung dankenswerterweise noch beantwortet – plusKITA und Sprachförderpauschalen in Anspruch nehmen, hat sich ein Mitnahmeeffekt eingestellt. Wir haben die Situation, dass fast 30 % der Kitas das Geld nur umgeschichtet, aber kein zusätzliches Personal eingestellt haben. Das hätte man meines Erachtens auch anders machen können, denn das Ergebnis ist, dass es den Kitas vor Ort schlechter geht.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Zu Ihrer Forderung, Ungleiches ungleich zu behandeln, für die Sie sich immer so abfeiern: Mittlerweile kommt es vor, dass zwei strukturell gleiche Kitas unterschiedliche finanzielle Zuwendungen bekommen. Das heißt, Ihr System, Ungleiches ungleich zu behandeln, ist gescheitert.

Die Konsequenz für das Land Nordrhein-Westfalen ist, dass wir bundesweites Schlusslicht bei der U3-Betreuung sind, dass wir die Qualitätsdebatte in diesem Land führen müssen, weil die Kitas unter den Auflagen, die Sie gemacht haben, ächzen und stöhnen, dass die Öffnungszeiten und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Katastrophe sind und die Tagespflege in diesem Land ungerechtfertigterweise schlecht behandelt wird.

(Andrea Asch [GRÜNE]: In welchem Land leben Sie eigentlich, Herr Hafke? Nicht in Nordrhein-Westfalen!)

Abschließend komme ich auf ein Thema, mit dem Hannelore Kraft in diesem Wahlkampf angetreten ist und das auch Sie immer wie eine Monstranz vor sich hertragen, nämlich: KeKiz, „Kein Kind zurücklassen!“. So schön dieses Präventionsziel auch ist – Wolfgang Jörg hat es im letzten Ausschuss noch einmal gesagt –, KeKiz, „Kein Kind zurücklassen!“ ist kein Programm, um Kinderarmut in diesem Land zu bekämpfen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! Sind Sie intellektuell nicht in der Lage, das nachzuvollziehen?)

– Das sagt Ihr Abgeordnetenkollege.

(Jochen Ott [SPD]: Meine Güte!)

Wenn das die Erkenntnis von KeKiz ist, wundert mich in diesem Land vieles nicht mehr. Wir haben die größte Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen überhaupt. Sie steigt von Jahr zu Jahr an, und Sie setzen die Prioritäten in diesem Land falsch.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist grober Unfug!)

– Das ist kein grober Unfug. Wenn Sie bei der Anhörung gewesen wären, hätten Ihnen die Experten das bestätigt. Die eigene Landesregierung operiert mit Zahlen, die falsch sind!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Ministerpräsidentin stellt sich auf ihrer Pressekonferenz hin und berichtet von Zahlen, die falsch und überhaupt nicht belegt sind.

(Jochen Ott [SPD]: Darum ging es doch überhaupt nicht!)

Da werden Zahlen aus einer Zeit vor Einführung von KeKiz zitiert.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Schauen Sie in den Haushalt!)

Aus 2009, 2008 und 2007 werden Zahlen herangezogen. Damals waren Sie überhaupt nicht in der Regierung, aber dafür feiern Sie sich ab. Das ist doch eine falsche Herangehensweise.

Wenn Sie wissen möchten, was Sie gegen Kinderarmut tun können, dann habe ich Ihnen in den letzten Monaten genügend Beispiele dafür aufgezeigt. Es wäre ein guter Anfang, über Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sprechen. Das würde sich positiv auf die Erwerbstätigkeit in diesem Land auswirken und wäre auch für die Kinder der beste Weg, nicht in Armut aufzuwachsen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir trotz der chronischen Mäkelei der Opposition in der Tat eine große Freude, heute die Bilanz der rot-grünen Regierungsarbeit für Kinder und Familien zu ziehen: Weil wir Wort gehalten haben, weil wir unseren Anspruch mit Rot-Grün umgesetzt haben, Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen!

Das war nach den Jahren des Rasenmähers von Schwarz-Gelb in der Tat nicht leicht. Es war nicht leicht, das Vertrauen der Eltern, der Erzieherinnen und der Träger zurückzugewinnen. Aber es ist uns gelungen, weil wir wieder auf die Menschen gehört haben und weil wir sie an unseren Entscheidungen beteiligt haben.

(Zurufe von der FDP: Ja, ja!)

Es ist uns gelungen, weil wir verlässlich unser Wort gehalten haben. Walk the talk – das kennzeichnet unsere rot-grüne Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir nehmen es ernst, wenn wir sagen: Auf den Anfang kommt es an. – Genau deshalb haben wir die frühkindliche Bildung mit mehr als einer Verdoppelung der Mittel gestärkt.

(Zurufe von der FDP)

Ich sage es hier noch einmal, Herr Tenhumberg und Herr Hafke. Es ist im Haushalt nachzulesen, und das können Sie in Ihrer postfaktischen Betrachtungsweise überhaupt nicht wegdiskutieren. Lesen Sie den Haushalt! Er steht Ihnen genauso wie uns zur Verfügung. 1,2 Milliarden € standen im Jahr 2010 im Haushalt, als wir die Regierung übernommen haben, und in diesem Haushalt sind es satte 2,66 Milliarden €. Das sind die Fakten, die Sie hier nicht wegreden können.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Unverschämtheit! Niemals! – Karlheinz Busen [FDP]: Ja, die Grünen sind besser!)

Die Tatsache, dass CDU und FDP das nicht anerkennen, zeigt, dass es der Opposition letztlich doch nur um die eigene Profilierung geht und nicht um die Interessen und die Situation von Kindern und Familien in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Versuchen Sie doch einmal, sich statt über Unwahrheiten mit eigenen Konzepten und Vorschlägen, die Sie hier einbringen, zu profilieren. Das gelingt Ihnen aber nicht, denn Sie sind blank und konzeptlos. Das zeigen diese Haushaltsberatungen erneut.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Das tun wir doch!)

Deswegen zieht Ihre Kritik hier auch nicht. Wissen Sie, woran mich Ihre permanente Mäkelei – und das betrifft schließlich nicht nur diesen Haushaltsplan, sondern ist in den gesamten Haushaltsberatungen chronisch – erinnert?

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Jetzt hören Sie mir einmal zu, Herr Hafke! – Mich erinnert das an einen Fahrgast in einem Taxi, der keine Ahnung hat, wo der Weg langgeht, aber permanent an dem Taxifahrer herummeckert. Das ist genau Ihre Haltung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit unserem Mittelaufwuchs haben wir erstens massiv in U3-Plätze und damit in die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert. Wir haben im Vergleich zur schwarz-gelben Landesregierung

114.000 Plätze mehr geschaffen, und das ist im Reigen der Bundesländer die höchste Ausbaudynamik überhaupt.

(Marcel Hafke [FDP]: Wie viele gab es in 2005?)

Kein anderes Land kann auch nur annähernd eine solche Steigerungsrate vorweisen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, das sollte diese Opposition auch einmal anerkennen, statt die Anstrengungen – es sind ja nicht nur die Anstrengungen des Landes – von Trägern, Kommunen und Erzieherinnen permanent schlechtzureden. Sie können uns nicht treffen, denn wir wissen, was wir leisten. Aber Sie entwerten mit Ihrer unsachlichen und unseriösen Kritik zutiefst den gesamten Bereich der Kindertagesbetreuung in NRW. Das ist mies und verwerflich, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als zweiten Schwerpunkt investieren wir in die Qualität der Kitas. Mit 450 Millionen € an eigenen Landesmitteln federn wir den Standardabbau ab, der übrigens durch die Einführung des KiBiz verursacht wurde.

Wir alle dürfen uns freuen, dass wir es jetzt endlich geschafft haben – auch das ist eine Erblast aus dem KiBiz –, die 1,5%ige Dynamisierungsquote, die Schwarz-Gelb ins Gesetz geschrieben hatte, auf 3 % zu verdoppeln. Die Kommunen haben nach langen Jahren des Ringens endlich eingelenkt – auch weil wir Ihnen die 440 Millionen € aus dem Betreuungsgeld vollumfänglich – gottlob, dass das abgeschafft ist – zur Verfügung stellen, im Übrigen im Unterschied zu Familienminister Laschet. Wir erinnern uns sehr gut: Er hat die Bundesmittel für die U3-Betreuung nicht an die Kommunen weitergegeben, sondern im eigenen Haushalt versacken lassen. Auch das ist die Realität.

Wir legen in unserer Politik drittens einen Schwerpunkt auf Bildungsgerechtigkeit. Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Das setzen wir in den plusKITAs mit zusätzlichen Personalstellen um.

Wir tragen mit zusätzlichen Mitteln in der Familienhilfe dazu bei, dass sozial benachteiligten Familien eine Teilnahme an Bildungsangeboten ermöglicht wird.

Und wir bekämpfen die Armutsfolgen mit dem Programm KeKiZ, das wir zusammen mit vielen engagierten Kommunen umsetzen.

Erinnern Sie sich bitte an den Oberbürgermeister von Hamm, der bekanntermaßen ein CDU-Parteibuch hat, der uns geradezu enthusiastisch berichtet hat, welche Erfolge er mit diesem Programm in seiner

Heimatstadt erzielt. Auch das können Sie nicht wegdiskutieren.

Wir arbeiten intensiv an der Herausforderung, geflüchtete Kinder zu integrieren, weil auch hier gilt, sie so früh wie möglich in unser Bildungssystem zu integrieren und sie heranzuführen. Das gelingt uns durch die Brückenprojekte. Die Mittel dafür werden wir in diesem Haushalt auf 35 Millionen € aufstocken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Gesamtschau können wir zufrieden feststellen: Nachdem die Vorgängerregierung den gesamten Kitabereich ausgeblutet hat, hat Rot-Grün es geschafft, Familien und Kindern wieder verlässliche Rahmenbedingungen zu geben, und darauf sind wir stolz. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Düngel.

Herr Kollege Düngel, wir haben uns in der Vergangenheit des Öfteren, auch zwischen den Fraktionen, im Ältestenrat und bei vielen Gelegenheiten im Präsidium über die angemessene Kleidung unterhalten, wenn wir als Abgeordnete hier im Landtag sprechen. Sie wissen aus der früheren Zeit in dem Amt, das Sie einmal hatten, dass dieser Kapuzenpulli nicht die richtige Kleidung für das Plenum ist.

Ich bitte Sie also sehr herzlich, sich in Zukunft so anzuziehen, wie es der Würde dieses Hohen Hauses, gerade bei den Plenarsitzungen, entspricht. Das ist meine herzliche Bitte.

(Beifall von der CDU)

Ich erteile Ihnen nun das Wort. Es ist kein neues Thema, gerade für die Piraten, aber ich bin immer wieder erschüttert darüber, dass das bei Ihnen überhaupt keine Konsequenzen hat und dass Sie dann in dieser Form hier auftreten. – Sie haben das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Verehrter Herr Präsident! Ich wollte noch kurz den tosenden Beifall abwarten. Ich nehme die Worte selbstverständlich zur Kenntnis, rede aber jetzt zu dem Thema, zu dem ich nach vorne gegangen bin, nämlich zum Einzelplan 07.

Ich möchte in den folgenden Minuten über einige Eckpunkte unserer Haushaltspolitik, sprich: die Punkte, wie wir Piraten uns Familien-, Kinder- und Jugendpolitik vorstellen, berichten.

(Karlheinz Busen [FDP]: Das sagt der Richtige!)

– Herr Busen, kann ich Ihnen irgendwie behilflich sein? Ich vermute, nicht.

Zur Kinder- und Jugendhilfe: Die Piratenfraktion möchte – das ist eine beispielhafte Forderung –, dass die Ombudschaften endlich über den Haushaltsplan des Familienministeriums regelfinanziert werden. Dazu werden wir einen Antrag stellen.

Im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung haben wir ein sehr breites, fraktionsübergreifendes Verfahren angestrengt, bzw. das war der Kollege Hafke von der FDP-Fraktion. Mittlerweile sind wir fraktionsübergreifend zu gewissen Konsenspunkten gekommen, die wir weiter fördern wollen. Das Thema „Jugendbeteiligung“ hört natürlich nicht im Land auf, sondern wir möchten, dass auch die Jugendbeteiligung in den Städten und Kommunen vom Land forciert und entsprechend gefördert wird. Zur dritten Lesung werden wir einen entsprechenden Haushaltsantrag stellen.

Zum Kinder- und Jugendförderplan: Lieber Wolfgang Jörg, du hattest gerade schon angekündigt, den Kinder- und Jugendförderplan um 9 Millionen € erhöhen zu wollen. Selbstverständlich begrüßen wir das. Auch die Beteiligten, die Betroffenen, diejenigen, die davon profitieren, werden das ebenfalls begrüßen. Das steht, glaube ich, völlig außer Frage.

Die Piratenfraktion hat in den letzten vier Jahren diesbezüglich immer wieder Anträge eingebracht – über 5, über 10 Millionen € Erhöhungen. Wir haben immer wieder erläutert, warum diese Erhöhungen erforderlich sind. Am Ende kommen jetzt 9 Millionen € dabei heraus. Das ist gut. Es reicht aber nicht einmal aus, um die Lücken zu schließen, die in den vergangenen fünf bzw. sieben Jahren an der Stelle entstanden sind.

(Beifall von den PIRATEN und Bernhard Tenhumberg [CDU])

Die Piratenfraktion – da bleiben wir der Tradition selbstverständlich treu – wird auch in dem Bereich wieder einen Antrag stellen. Ich kann hier schon einmal ankündigen, dass es ein Haushaltsvolumen von 25 Millionen € sein wird. Das entspricht den Mindestforderungen, die von den Jugendverbänden und von den Organisationen gestellt werden, und gleicht dann auch die vorhandene Lücke, die in den letzten Jahren entstanden ist, aus.

Vorhin haben wir schon über kostenfreie Bildung gesprochen. Hier, liebe rot-grüne Landesregierung, liebe Koalitionsfraktionen, müssen Sie sich einfach entscheiden. Sie erklären ganz oft, wie wichtig beitragsfreie Bildung ist. Da bin ich ja bei Ihnen. Da ziehen wir letzten Endes an einem Strang. Aber nur zu sagen: „Wir wollen das, wir schreiben das ins Wahlprogramm, wir schreiben das in den Koalitionsvertrag“, das reicht am Ende nicht aus.

Sie sind nun seit 2010 in der Regierungsverantwortung. Herausgekommen ist das letzte beitragsfreie Kitajahr.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Immerhin!)

Das ist zu wenig. Hier möchten wir tatsächlich mehr Taten und Handlungen von Ihnen sehen. Kollege Hafke hat eben von mehr als einer halben Milliarde Euro gesprochen. Wir haben das hochgerechnet und kommen auf ungefähr 600 Million €, die das Land dafür investieren müsste. Wir fordern, auch diesen Punkt in den Haushalt einzustellen.

Dann geht es insgesamt um das Thema „KiBiz“. Das KiBiz ist schlecht gemacht, liebe schwarz-gelbe Fraktion, liebe CDU, liebe FDP. Wir wissen das. Ihr wisst selber, dass das KiBiz viele Baustellen aufgemacht hat, die so nicht erforderlich waren.

Aber kommen wir zur Realität. Seit 2010 haben wir eine rot-grüne Landesregierung. Es gab Detailverbesserungen im KiBiz, aber die versprochene, ausgesagte und dargestellte wirkliche Änderung des KiBiz – ein neues Kitagesetz, eine relevante Änderung – hat unter dem Strich nicht stattgefunden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Mutlos!)

Was passiert? Vor einem Dreivierteljahr erklärt die Landesregierung: Wir schreiben ein neues Kitagesetz. Das machen wir irgendwann mal. – Wann machen wir das? – In der nächsten Legislaturperiode. Fast anderthalb Jahre vor Ende der Wahlperiode wird ein Thema aufgegriffen und in die nächste Legislaturperiode geschoben. Das ist nicht zufriedenstellend.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Änderungen eines neuen Kitagesetzes vermutlich frühestens im Kitajahr 2019/2020 greifen können. Das findet niemand wirklich gut.

Dann kommen wir zu einem wirklichen Knackpunkt, zur Finanzierung der Kitas. Wir alle haben die Studie zur Kenntnis genommen, nach der die Kitas unterfinanziert sind. Das wissen wir seit Langem. Wir waren in einer Situation, in der es nicht fünf vor zwölf, sondern mindestens fünf nach zwölf war. Mit ihrer letzten Revisionsstufe haben Sie das etwas ausgebessert. Um im Bild zu bleiben: Sie haben die Uhr dann von fünf nach zwölf auf vielleicht eine Minute vor zwölf gestellt.

Aber die Uhr tickt weiter, und die bezifferte Lücke, die dort entstanden ist, liegt mittlerweile bei 1,5 bis 2 Milliarden € jährlich. Auch hier fordern wir Sie auf, diesen Betrag in den Haushalt einzustellen. Es hilft nicht, immer wieder auf Konnexitätsprobleme und Konnexitätsverhandlungen hinzuweisen. Das hilft weder den Eltern noch den Kindern im Land. „Die notwendige Qualität“ – ich zitiere Jürgen Otto von der AWO – „der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder“ können wir so momentan in den meisten Kitas nicht erreichen.

Die Kinderarmut steigt – Sie haben gesagt: kein Kind zurücklassen –, und Sie tun nichts. Sie sprechen von Kinderarmut, von Kinderrechten – kein Kind soll zu-

rückgelassen werden –, aber Sie greifen die tatsächlichen Probleme der Kinder und Familien in diesem Land nicht auf und schreiben dies in eine ungewisse Zukunft.

Diese desaströse Unterfinanzierung der Kitas tragen wir nicht mit. Wir möchten nicht dabei zusehen, wenn Sie die Kitas vor die Wand fahren. Wir schauen nicht dabei zu, wie Sie seit Jahren Beitragsfreiheit versprechen, das aber letztlich wieder und wieder von der Haushaltslage abhängig machen. In diesem Haus haben immer wieder konkrete Vorschläge gemacht und werden dies auch weiterhin tun. Greifen Sie die Anregungen auf, nicht bald, sondern jetzt.

Frau Ministerin Kampmann, lassen Sie Kinder nicht zurück! Schaffen Sie sinnvolle und auskömmlich finanzierte Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder und Jugendliche.

Lassen Sie Kinder nicht zurück! Schaffen Sie mit uns eine verbindliche Jugendbeteiligung im Land und in den Kommunen.

Lassen Sie Kinder nicht zurück! Sorgen Sie dafür, dass frühkindliche Bildung nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängig ist.

Lassen Sie Kinder nicht zurück! Sorgen Sie sofort für eine Überbrückungsfinanzierung, bis das angekündigte neue Kitagesetz vorliegt.

Lassen Sie Kinder nicht zurück! Schauen wir noch einmal über den Tellerrand: Setzen Sie sich für eine Kindergrundsicherung im Bund ein. Als größtes Bundesland haben wir die Möglichkeit, dort einen Meilenstein zu setzen. Unterstützen Sie uns dabei! In den nächsten Wochen werden wir dazu noch eine Initiative starten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist für die Landesregierung von zentraler Bedeutung, weil wir wissen, dass die Grundlagen für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft in den Kinder- und Jugendjahren und damit auch in den Familien insgesamt gelegt werden.

Dies bedeutet auch, dass wir mit jedem einzelnen Cent, den wir in Kinder, Jugendliche und Familien investieren, gleichzeitig in die Zukunft unserer Gesellschaft investieren. Deshalb setzt die Landesregierung dort eine ganz klare Priorität.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das schlägt sich natürlich auch in den Zahlen nieder. 2010 wurden in den Kapiteln „Familie“, „Kinder“ und „Jugend“ rund 1,78 Milliarden € eingesetzt. 2017 sehen wir dafür im Haushaltsplanentwurf mehr als 3,8 Milliarden € vor. Wir haben die Mittel also mehr als verdoppelt und damit finanziell ganz klare Prioritäten für Kinder und Familien gesetzt.

Den Haushaltsplan haben wir schon im Ausschuss ausführlich beraten. Deshalb möchte ich hier nur auf einige Punkte eingehen:

Zunächst sage ich – und das wissen Sie –, dass keine Investition in Bildung so lohnend ist wie die Investition in die frühe Bildung. Frühe Bildung ist ein starker Motor – das zeigt sich gerade in unserer Regierungszeit – für Chancengerechtigkeit in unserem Land. Sie bleibt deshalb auch ein Schwerpunkt dieser Landesregierung.

Dank der gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten setzen wir seit 2013 den Rechtsanspruch für die unter dreijährigen Kinder um. Das war und ist ein wirklicher Meilenstein. Liebe Opposition, Sie wissen natürlich, dass wir uns auf diesem großen Erfolg nicht ausruhen. Bedarf und Nachfrage der Eltern entwickeln sich weiter, und deshalb unterstützen wir die Kommunen und Träger noch weiter beim Ausbau. Wir wissen, dass wir in dieses Zukunftsfeld und gerade in den Ausbau weiter investieren müssen.

Unser Vorhaben war es immer, die Mittel für das Betreuungsgeld in den Kitas einzusetzen. Das setzen wir gerade konsequent um. Diese Mittel fließen bei uns vollständig in den Ausbau der frühkindlichen Bildung. Das sind im nächsten Haushaltsjahr rund 168 Millionen €. Bis 2018 sind es insgesamt über 430 Millionen €. Wir verwenden die Mittel vorrangig zur Kitafinanzierung und zur Unterstützung der Träger. Mit dem Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung haben wir so einen ganz wichtigen Beitrag zur Entlastung der Träger insgesamt geleistet.

Darüber hinaus setzen wir einen Teil, nämlich 100 Millionen €, für ein Investitionsprogramm im Ü3-Bereich ein, das in diesem Jahr bereits angelaufen ist. Das haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, und zu diesem Wort steht die Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bleiben dabei, dass wir noch weitere Verbesserungen brauchen. Deshalb sind wir gerade mit den Beteiligten in Gesprächen zur Erarbeitung von Eckpunkten, die zu einem neuen Gesetz führen sollen; denn wir wissen, dass wir bessere Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung brauchen. Wir wissen auch, dass das jetzige Kinderbildungsgesetz diese Rahmenbedingungen eben nicht bietet.

Wir brauchen ein auskömmliches, vor allem ein ehrliches und transparentes Finanzierungssystem. Daran arbeiten wir gerade. Wir möchten damit eine neue, bessere Qualität der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen gewährleisten.

Ich komme zur Jugendpolitik und damit zu einem Thema, das im Übrigen auch in der Haushaltsdebatte des Bundestages eine wichtige Rolle gespielt hat – und das zu Recht. Eines ist klar: Bei der Jugendarbeit und bei der Jugendpolitik dürfen wir nicht kürzen; wir wissen nämlich, wer in diese Lücke stoßen wird. Deshalb wollen wir auch hier zusätzlich investieren – Wolfgang Jörg hat es vorhin bereits erläutert –; das ist ein guter, ein wichtiger Schritt.

Es freut mich, Herr Tenhumberg, dass Sie in diesem Zusammenhang Die Falken zitiert haben. Wären Sie bei der Vollversammlung des Landesjugendrings persönlich dabei gewesen, dann hätten Sie sich auch selbst davon überzeugen können, wie gut die Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden funktioniert. Sie ist wirklich überaus erfreulich. Vielleicht kommen Sie beim nächsten Mal einfach selbst vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Brückenprojekte für die Flüchtlingskinder sind weiterhin ein Erfolgsmodell; deshalb investieren wir an der Stelle auch weiter. Wir haben die Mittel auf rund 30 Millionen € aufgestockt. Wolfgang Jörg hat vorhin gesagt, dass die regierungstragenden Fraktionen da noch einmal etwas drauflegen werden, und das ist auch gut so. Inzwischen haben wir nämlich etwa 10.000 Kinder in den Brückenprojekten. Wir wissen genau: Wenn wir Integration von Anfang an gewährleisten wollen, dann kann es da keinen besseren Weg geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie merken: Diese Landesregierung tut etwas für die Familien, die Kinder und die Jugendlichen im Land. Das ist ganz konkret spürbar anhand klarer politischer Leitlinien und Ziele, die wir auch weiterhin Schritt für Schritt umsetzen werden. Dafür möchte ich mich bei allen Partnerinnen und Partnern in unserem Land bedanken. Ich bin mir sicher, dass wir auch im kommenden Jahr ganz hervorragend zusammenarbeiten werden. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das ist der letzte Haushalt, zu dessen Kulturanteil ich hier im Parlament Stellung nehmen darf. Schade, dass er nicht besser geworden ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der vorliegende Etat zeigt die Schlussbilanz einer Regierung, die offensichtlich in allen Feldern am Ende ist.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt: Die einzigen Akzente des Etats sind durch Änderungsanträge der Kolleginnen und Kollegen hineingekommen. Die Regierung hat sich offensichtlich von einer gestaltenden Kulturpolitik verabschiedet.

(Beifall von der CDU)

Leider trifft das auch in diesem Jahr wieder zu. Der vorgelegte Plan zeigt keinerlei Steigerung. Da wurde einfach nur überrollt, wie schon immer seit Beginn dieser Legislaturperiode. Das bedeutet besonders für die Einrichtungen mit hohem Personalkostenanteil eine reale Kürzung – und das bei einem um 5,3 % steigenden Gesamtetat und einer Steigerung im Einzelplan 07 von über 14 %.

Der vorgelegte Plan ist und bleibt ein Skandal. Nun haben die Fachpolitiker der Regierungsfaktionen mit Anträgen nachlegen dürfen, um die Szene zu beruhigen. So ist es nun doch noch eine Steigerung in Höhe von 4 % geworden, was zumindest nicht mehr allzu viel weniger ist als die Steigerung im Gesamtetat.

Das Ganze dient jedoch – wie in anderen Bereichen, die wir hier und heute diskutieren – auch dazu, Wahlgeschenke hübsch zu verpacken und deutlich ins Bewusstsein zu rücken.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

In der Sache sind wir gar nicht gegen diese Ergänzungen; denn da werden dringend erforderliche Summen eingestellt, für die auch wir uns seit Jahren einsetzen. Das geht von der Landesmusikakademie bis zum Anbau des Bottroper Museums Quadrat, von der Literaturförderung bis hin zu JeKits.

Bei solchen Aktionen besteht jedoch die Gefahr, dass alle diejenigen, die auf Regelförderung angewiesen sind, in die Röhre gucken, weil ihre Etatpositionen nicht angepasst werden. Sieht man sich die Sache etwas genauer an, dann stellt man fest, dass hier auch Detailsteuerungen vorgenommen werden; da laufen sogar einzelne Produktionen über Haushaltsbeschlüsse. Das ist aber nicht Sache des Parlaments, das ist eigentlich Sache der Exekutive. Aber dieser Regierung ist Kulturpolitik nun einmal nichts wert.

Lesen Sie, wie heute in der „Kölnischen Rundschau“ der Vorsitzende des Kulturrats NRW, Gerhart Baum, fordert, das Land müsse sich endlich einmal in der Kulturpolitik engagieren. Man sieht: Wenn in diesem Lande kulturpolitisch etwas geschehen soll, dann jedenfalls nicht durch die Regierung. Die kümmert sich nämlich nicht um die Weiterentwicklung dieser reichen Szene und übrigens auch nicht um die große

Aufgabe der Integration von Fremden und Einheimischen über kulturelle Formen.

Vom Verfassungsbruch wegen der Streichung der Denkmalpflege will ich gar nicht erst sprechen.

Besonders blamabel ist das im Vergleich zum Bund, wo der Kulturetat einmal mehr um über 6 % steigt.

Für diese Regierung ist die Kultur kein wichtiges Handlungsfeld. Das hat man bereits damals in der Konstruktion des so merkwürdig zusammengestopelten Ministeriums gesehen. Ganz besonders deutlich wurde es in den unsäglichen Auseinandersetzungen über den Kunstbesitz der WestLB. Auch wenn dieses Kapitel aus kulturpolitischer Sicht ein gutes, von uns immer so gewolltes Ergebnis gefunden hat, sieht es finanzpolitisch – mit dem Kredit einer landeseigenen Bank – nach wie vor abenteuerlich aus. Das ist unsachgemäß und kleinlich und zeigt wieder einmal den Hang zur Verschuldung in Schattenhaushalten, zu dem dieser Finanzminister offensichtlich sogar bei derart kleinen Beträgen neigt.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kulturetat ist nur scheinbar durch die Ergänzungen repariert worden. Wichtige Aufgaben bleiben unbearbeitet, ein Konzept ist nicht erkennbar. Die Landesregierung belässt es lieber bei Beschäftigungstherapien wie aufgeblasenen Kulturkonferenzen und Förderplattendebatten. Man ist offenbar nicht gewillt, den Weg der guten Jahre 2005 bis 2010 weiterzugehen.

Wie hatten es die kommunalen Spitzenverbände formuliert? Zitat:

„Inwieweit und in welchem Umfang im vorliegenden Kulturförderplan zusätzliche Mittel für die aktuellen Planungsschwerpunkte ... vorgesehen sind, ist nicht erkennbar.“

All das zeigt Stagnation, Konzeptionslosigkeit, den Unwillen zur Gestaltung und bedeutet die Genehmigung einer Wundertüte rechtzeitig zur Wahl. Das wird nach dem 14. Mai 2017 anders werden, auch wenn ich selbst diese Veränderungen leider nicht mehr mitgestalten kann. Ich wünsche aber den Kolleginnen und Kollegen, die bleiben, und denjenigen, die kommen, eine glückliche Hand und nicht zuletzt eine Regierung, die wieder um den Wert der Kultur weiß.

(Beifall von der CDU)

Der Kulturetat steht im Kontext eines durch und durch unsoliden Haushaltes. Wir lehnen ihn selbstverständlich ab.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Sternberg. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bialas das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir kommt es so vor, als hätten Sie eine Gesamtstandardrede für diese Haushaltsverhandlungen entwickelt, die Sie dann herunterbrechen. Das merkt man daran, dass Fakten häufig schlicht und ergreifend nicht stimmen. Zumindest bei diesem Haushalt hätte ich mich allein aus ästhetischen Gründen gefreut, wenn es ein wenig anders gewesen wäre.

(Beifall von der SPD)

Der Haushalt für Kultur ist auf dem historisch höchsten Stand. Wir werden mehr als 200 Millionen € für diesen Bereich ausgeben. Dabei geht es um die Anträge der Fraktionen, aber auch um die Ergänzungsvorlage und die weitere Fortschreibung der Integrationsmittel. So viel gab es schlicht und ergreifend noch nie.

Es geht aber nicht nur um Masse, sondern ebenfalls um Klasse. Daher handelt es sich hierbei nicht nur um eine klare und konsequente Handschrift in der Fortschreibung, sondern es werden auch neue Impulse gesetzt. Die NRW-Kulturpolitik ist hier auch weiterhin Impulsgeber für die bundesweite Kulturpolitik.

Was geschieht im Haushalt? Einmal geht es um die weitere Umsetzung des Kulturförderungsgesetzes. Weiter geht es um die Sicherung der – so nenne ich sie einmal abgekürzt – Portigon-Kunst. Außerdem geht es auch um die Tarifsicherheit bei den landeseigenen Einrichtungen. Nordrhein-Westfalen ist auch weiterhin verlässlicher Partner der Kommunen.

Welche weiteren Schwerpunkte werden nun in dem Bereich Kunst und Kultur gesetzt? Einige wurden gerade angesprochen.

Ich nenne die Sicherung der Museumsinsel Hombroich und entsprechende Renovierungsmöglichkeiten. Ich nenne die Aufstockung der Mittel für die Landesmusikakademie in Heek, die hervorragende Arbeit macht und diese Mittel braucht. Wir nehmen eine deutliche Stärkung der Literaturbüros vor. Wir leisten einen Beitrag zum Gelingen des Museums in Bottrop.

Des Weiteren nenne ich die Weiterentwicklung und Neuaufwertung des Otto-Pankok-Museums in Hünxe, damit dessen Stellenwert für die Kultur in Nordrhein-Westfalen herausgestellt werden kann. Wir stärken Kornelimünster mit der Neueinrichtung eines Büros für bildende Kunst. Wir stärken das Frauenkulturbüro NRW und, und, und.

Es geht also um sehr viele Dinge. Dabei wird nicht einfach nur ausgeschüttet, vielmehr sind sehr wohl –

und das geschieht sehr genau – inhaltliche Zielsetzungen damit verbunden.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte besteht darin, schlicht und ergreifend eine Antwort auf die Frage zu finden, inwieweit Kunst und Kultur in Bezug auf die Herausforderungen unserer Zeit einen guten und angemessenen Beitrag leisten können. Denn die Aufgaben und Chancen von Kultureinrichtungen gegen die Entsolidarisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen in unserer Gesellschaft sind in der Tat nicht zu unterschätzen. Das ist von immenser Bedeutung. Insoweit haben wir das im Haushalt klar und deutlich niedergelegt: Unsere Kultureinrichtungen sind schlicht und ergreifend Bollwerke der Demokratie.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Erhalt und ihre Stärkung sind keine Freundlichkeit, kein Gunstbeweis, sondern schlicht und ergreifend unsere Pflicht und eine Notwendigkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Daher fördern wir zum einen sehr klar den Bereich „Stärkung der Städte“.

Wir fördern zum anderen aber auch einen Bereich, von dem wir wissen, dass dort die gerade skizzierten Aufgaben hervorragend umgesetzt werden können. Das sind die Bibliotheken, die Musik, aber auch Theater und Tanz. Es werden zahlreiche Projekte mit dieser internen Ausrichtung aufgelegt, nicht zuletzt das Projekt des Westfälischen Landestheaters oder die Verortung von Weltmusik in Essen. Das gilt für den Einstieg von JeKits in Seiteneinsteigerklassen, die ebenfalls besonders für diese Arbeit geeignet sind.

Ich darf weiterhin – leider befindet sich das nicht im Kulturhaushalt, sondern in einem anderen Haushalt – die Landeszentrale für politische Bildung erwähnen.

Unser Haushalt ist in den letzten Jahren nicht nur gewachsen – in diesem Jahr um über 7 %, das war deutlich mehr als die Steigerungsrate des Bundes in diesem Jahr –, leider wurden auch einzelne Bereiche aus dem Einzelplan 07 herausgenommen. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Gedenkstättenarbeit und die Erinnerungskultur.

Für Elisabeth Müller-Witt darf ich noch einmal das Demokratieprogramm und die Salafismus-Prävention ansprechen, die darüber angelegt werden. Ich zitiere:

„Mit unseren Änderungsanträgen zum Haushalt setzen wir ein starkes Zeichen für die politische Bildung. Die Mittelerhöhung“

– um 750.000 € –

„ist für die Verstärkung der Maßnahmen zur sogenannten aufsuchenden politischen Bildung ge-

dacht. Sowohl in Quartieren als auch an Berufskollegs sollen Demokratietrainings in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung durchgeführt werden.“

Sie sehen also: Auch in diesem Bereich strahlt der Haushalt schlicht und ergreifend aus, dass er eine Idee verfolgt, dass wir uns unserer Verantwortung sehr wohl bewusst sind und uns auch in den letzten Jahren bewusst waren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schmitz das Wort.

Ingola Schmitz (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungskoalition hatte versprochen, dass Kunst und Kultur einen zentralen Platz in der Regierungsarbeit einnehmen sollen. Wenn man sich die neueste Erhöhung des Kulturretats anschaut – die Presse verkündet lautstark: Kulturretat in NRW steigt auf über 200 Millionen € –, könnte man fast annehmen, dass dem so sei. Die Landesregierung scheint kurz vor der Wahl die Spenderhosen zu tragen. Doch blickt man nüchtern hinter die Kulissen des Finanzschauspiels, so offenbart sich die Wirklichkeit.

Bereits gestern entlarvte meine Kollegin Angela Freimuth die von der Landesregierung im Einzelplan 06 schöngeredeten Zahlen. Nun wollen wir schauen, wie es im Kulturbereich aussieht.

Bereits in der Ausschussdebatte wurde vorgerechnet, wie mickrig Anteil und Entwicklung des Kulturhaushalts im Vergleich zum Einzelplan insgesamt oder zu anderen Einzelplänen ausfallen; Herr Prof. Sternberg hat das hier noch einmal ausgeführt.

Es ist und bleibt klar: Kulturpolitik hat für SPD und Grüne keine Priorität. Es spricht ja Bände, dass die Kulturfördermittel ohne die aus den Reihen des Landtags hervorgebrachten Änderungen noch immer unterhalb des Niveaus von 2012 verharren würden.

(Beifall von der FDP)

Dabei sind auch diese Erhöhungen bei genauerem Hinsehen kein Ausweis für ein überraschend entdecktes Herz für Kultur der Koalition.

Denn erstens ist erstaunlich – ich sagte es bereits –, dass SPD und Grüne nach vier Jahren der finanziellen Austrocknung im letzten Haushalt vor der Wahl auf einmal vorgeben, die Spenderhosen anzuhaben. Zweitens wurden diese Erhöhungen der Koalition geradezu aufgezwungen. Ohne die Durchleitung von Mitteln zur Verbesserung der Integration sowie die notwendigen höheren Zuschüsse für die Sanierung

des Schauspielhauses würde der Kulturhaushalt noch düsterer aussehen. SPD und Grüne besiegeln mit dem vorgelegten Haushalt fünf verlorene Jahre für die Kultur in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zwei negative Höhepunkte stechen dabei heraus. Zunächst einmal hatte die Koalition die Denkmalförderung praktisch vollständig eingestellt. Nicht zuletzt aus den Denkmalförderberichten ging hervor, dass sich die von uns befürchteten Auswirkungen bestätigt haben.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Wir haben mehr gefördert als vorher!)

Darlehensprogramme sind für eine Kompensation der drastisch gekürzten Denkmalförderung des Landes in Form von Zuschüssen nun einmal nicht sinnvoll. Denn gerade bei nicht wohnwirtschaftlich genutzten Baudenkmalern handelt es sich typischerweise nicht um gut vermarktbarere Objekte. Es geht bei der Denkmalförderung, die für das Land nicht zuletzt nach Art. 18 der Landesverfassung verpflichtend ist, ja gerade auch um den kulturellen oder religiösen Wert von Denkmälern, nicht um die Vermarktbarkeit. Die Kürzung der Denkmalförderung war deshalb ein großer Fehler, der das kulturelle Erbe Nordrhein-Westfalens nachhaltig beschädigt.

Dazu tritt die kulturpolitische Bankrotterklärung, die die Landesregierung rund um die verkauften Warhol-Werke abgegeben hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der bereits an der Öffentlichkeit und Kulturszene vorbei eingefädelt Verkauf der beiden Kunstwerke durch den landeseigenen Casinobetreiber WestSpiel war ein Unding. Dass ein Teil des Erlöses für die Sanierung maroder staatlicher Spielbanken und den Neubau eines Casinos genutzt werden soll, setzt dem Ganzen jedoch noch die Krone auf.

Dabei wären die Erlöse geradezu für ein Sonderprogramm zur Unterstützung der Digitalisierung unserer Museen, Bibliotheken, Theater, Musikschulen und anderer Kultureinrichtungen prädestiniert. Etwa die Förderung von Wikipedians in Residence in Bibliotheken, die Unterstützung bei der Digitalisierung von Museumsbeständen und die Finanzierung der Digitaltechnik etwa von Theatern hätten auf diese Weise deutlich verstärkt werden können. Davon wäre auch ein kräftiger Impuls für die Digitalisierung des Landes insgesamt ausgegangen.

SPD und Grüne halten aber leider weiterhin daran fest, die Mittel in großem Umfang in defizitären staatlichen Spielbuden zu verzocken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vor diesem Hintergrund bleibt der Kulturhaushalt dieser Landesregierung eine Enttäuschung, der wir

selbstverständlich nicht unsere Zustimmung geben können. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Für Bündnis 90/Die Grünen eilt bereits Herr Kollege Keymis heran.

Oliver Keymis (GRÜNE): Ja, ganz schön fesch für so einen dicken Mann, was?

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das kann und will ich jetzt nicht weiter kommentieren.

(Allgemeiner Beifall)

Oliver Keymis (GRÜNE): Ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen, Herr Präsident. Aber Selbstironie tut ja an sich ganz gut.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Manchmal hat man aber schwer daran zu tragen. Das ist klar. Aber gut, anderer Witz.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne kurz und knapp auf unseren Etat eingehen und würde mich zunächst einmal gerne bedanken.

Erstens bedanke ich mich bei den Städten und Gemeinden in unserem Land, die nach wie vor den Löwenanteil der Kulturförderung leisten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sollten das nicht außer Acht lassen, wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Kultur in ihrer Breite und Vielfalt würdigen.

Zweitens bedanke ich mich bei den Kreativen, bei den Künstlerinnen und Künstlern, dafür, dass sie diese Arbeit machen, oft in nicht sehr wohlhabenden Verhältnissen, aber immerhin oft so, dass sie sagen: Ich mache lieber Kunst und Kultur, als dass ich mich auf andere Arbeit konzentriere. – Also Dank an alle, die dieses Land lebendig und vielfältig halten und dafür sorgen, dass wir ein so reiches, vielfältiges und großartiges Kulturland Nordrhein-Westfalen haben.

Dann will ich mich auch bedanken bei Herrn Sternberg, Prof. Dr. Dr. Sternberg, der als Kollege in diesem Landtag in den letzten Jahren sehr engagiert für seine Fraktion für die Kultur gestritten hat,

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der CDU)

immer etwas näher am Abgesang sozusagen formulierend als an den Lobeshymnen. Er ist aber gleich-

wohl jemand, der sich konstruktiv in die kulturpolitische Debatte eingebracht hat. Dafür mein persönlicher Dank! Ich freue mich auf weitere Begegnungen in anderen Zusammenhängen. Dieser hier ist ja jetzt der letzte Etat, den wir gemeinsam beraten.

Im Inhalt, lieber Kollege, irren Sie natürlich vollständig.

(Beifall und Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

Wir beraten hier nämlich den größten Kulturetat, den das Land Nordrhein-Westfalen je hatte, einen Etat mit über 200 Millionen €. Ich würde Sie auch bitten, das einfach so zur Kenntnis zu nehmen und zu sagen: „Das ist so.“, und zwar inklusive bestimmter Kulturbauten und Investitionen. Das gehört aber alles zusammen. Ich finde, darauf kann man durchaus mit einem gewissen Stolz blicken. Man könnte auch sagen: Es ist gut, dass es so ist und nicht genau andersrum.

Ich höre von Ihrer Fraktion als Oppositionsfraktion immer den Appell, wir müssten mehr sparen. Da haben Sie im Prinzip auch nicht Unrecht. Trotzdem wollen wir das nie in der Kultur tun. Wenn wir also in der Kultur jetzt auch noch was drauf tun, dann ist das auch noch nicht genug. – Wir meinen, wir haben eine Menge erreicht. Dafür bin ich dankbar.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, der von Ihnen so freundlich adressierte Kollege Sternberg hat – wie kaum anders zu erwarten war – den Wunsch, Ihnen eine Frage stellen zu dürfen. Ich bin mir sicher, dem Wunsch werden Sie nachkommen.

Oliver Keymis (GRÜNE): Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Sehr verehrter Herr Kollege, nach so wunderbaren Blumen traue ich mich ja kaum, eine Kritik zu äußern. Aber darf ich doch die Frage stellen, ob Sie mit mir einer Meinung sind, dass der Anteil der Kulturausgaben am Gesamtetat des Landes Nordrhein-Westfalen 2010 höher war als heute?

Oliver Keymis (GRÜNE): Ich habe es jetzt nicht nachgerechnet. Der Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt, lieber Herr Kollege Prof. Sternberg, ist relativ gering. Das wissen wir. Das besprechen wir im Kulturausschuss ja auch dauernd. Ich könnte mir auch vorstellen, dass sich dieses Land in den nächsten Jahren noch viel stärker in der Kultur engagiert, als es das bisher tut. Das würde ich mir auch politisch

wünschen. Das ist doch klar. Das wünschen sich Kulturpolitiker in Städten und Gemeinden, in den Ländern und auch im Bund, weil es sehr viel zu tun gibt.

Aber ich will Ihnen sagen, lieber Herr Sternberg: Wie wir diese Relationsspiele hier führen, interessiert die Leute draußen gar nicht so sehr. Für die Leute draußen ist vielmehr Folgendes interessant:

Bleibt die Landesmusikakademie attraktiv? – Ja, Herr Sternberg, sie bleibt attraktiv. Wir fördern sie. Bleibt die Insel Hombroich erhalten? – Ja, wir geben mehr Geld dafür, damit dieses wunderschöne Stück Natur und Kultur erhalten bleibt. Leisten wir mehr im Bereich der Literaturbereich? – Ja. Machen wir mehr im Bereich der Provenienzforschung? Haben wir mit JeKits mehr Angebote für Kinder und Jugendliche? Die Liste könnte ich fortführen, Herr Prof. Sternberg.

Das ist übrigens immer noch meine Antwort, wenn ich das zeitlich bemerken darf.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Keine Sorge, Herr Kollege.

Oliver Keymis (GRÜNE): Es gibt so viele Dinge, die wir in der Kultur mit relativ wenig Mitteln vernünftig machen. Deswegen bin ich der Meinung, diese Relationen spielen nicht die entscheidende Rolle, sondern entscheidend ist: Absolut muss etwas dabei herauskommen.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE] –
Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es ist viel dabei herausgekommen. Wir haben ein Kulturfördergesetz. Wir haben einen Kulturförderplan. Wir haben vor, auf der Landesebene mehr Geld denn je in die Hand zu nehmen. Das sollte man gemeinsam beschließen und nicht laut kritisieren, sondern sich daran freuen und weiter daran arbeiten. – Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihr Zuhören.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla^{a)} (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause, aber auch im Stream! Der Haushalt ist wie immer ein Zahlenspiel, und Zahlen spiegeln nun mal die Verhältnisse zueinander und das, was diesen Kulturhaushalt ausmacht. Es dürfte Sie kaum überraschen: Es ist zu wenig.

Die Prävention von Extremismus, Populismus, Faschismus und anderen antidemokratischen Strömun-

gen ist heute eine Frage der Existenz unserer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft, die auf dem Rechtsstaat und universellen und unveräußerlichen Menschenrechten beruht. Auf gut Deutsch heißt das: Frau Ministerin, es brennt. Als Feuerwehrmann erlaube ich mir, Ihnen zu sagen: Lassen Sie uns gemeinsam löschen – nicht mit Wasser, nicht mit Schaum, nicht mit Sand, nicht mit Pulver, sondern mit wirksamen Investitionen für den kulturellen Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

(Beifall von den PIRATEN)

Mit „größer“ meine ich mehr als nur diese gut 0,2 % – das ist der Prozentsatz des Kulturhaushaltes gemessen am Gesamthaushalt des Landes. Ja, es werden Investitionen getätigt. Nein, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind nicht untätig. In dem einen oder anderen Bereich ist sogar ein bisschen Bewegung zu erkennen. Oder besser: Man kann nicht so ganz von Bewegung sprechen, es ist eher ein kleines Zucken. Aber es reicht halt nicht.

Wir hätten uns mehr Mut von SPD und Grünen gewünscht, mehr Geld in die Hand zu nehmen und dem Zeitgeist – wir leben in Zeiten, in denen Nazis, Rechtsradikale und andere Extremisten wieder Fuß fassen – im kulturellen Bereich etwas entgegenzusetzen. Das ist unserer Meinung nach nicht passiert. Es gilt, mehr zu tun, als nur Aktionstage für Respekt auszurufen oder einfach nur ein paar Hunderttausend Euro mehr für Titelgruppen auszugeben, die an Empfänger im ganzen Land gehen

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und quasi der bekannte Tropfen auf den heißen Stein sind. Das reicht einfach nicht.

Kulturförderung ist mehr als nur ein Projekttopf hier oder da. Kultur ist Bildung, die gerade in diesen Zeiten wichtiger als je zuvor ist. Wir sollten anfangen, den Begriff der kulturellen Bildung größer und umfangreicher zu denken, als wir es je zuvor getan haben. Denn wenn wir die Kultur fördern, betreiben wir auch die Förderung von Bildung. Wir müssen also allen voran die Kulturschaffenden, die Kreativen, die Künstlerinnen und Künstler stärken und stützen. Das tut die Landesregierung nicht ausreichend.

Schauen Sie sich einfach mal unter den Kulturschaffenden um! Sie sind gefangen in einem Projektförderungsdschungel – oft im Grenzbereich der Selbstausbeutung –; Existenzängste sind allgegenwärtig. Ein Leben als Honorarkraft – meist unter dem gesetzlichen Mindestlohn – ist alles andere als erfüllend und befreiend. Trotzdem gibt es da draußen unglaublich viele Künstlerinnen und Künstler, die in fast allen kulturellen Bereichen für eine friedliche und bunte Gesellschaft arbeiten. Getragen werden sie von Idealismus und viel Herzblut, und dafür, meine Damen und Herren, gebührt ihnen unser aller Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten fordern nicht nur verstärkte Investitionen in die Kulturförderung, sondern auch in die Menschen selbst. Deswegen reden wir schon seit Jahren ernsthaft über eine seriöse Evaluierung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Denn auch das wäre Kulturförderung. Bis das Thema politisch so weit angekommen ist, ist es vielleicht schon zu spät – viel zu spät. Deshalb müssen wir jetzt damit anfangen, die Möglichkeitsräume der Kultur zu erweitern. Dafür werden wir in der dritten Lesung entsprechende Anträge einreichen.

Ich mache einen Schwenk in einen anderen Bereich, in dem die Landesregierung nicht den Ernst der Lage zu erkennen scheint. Ich spreche von der Digitalisierung von Kulturgut. Wir hatten in den letzten Jahren viele Anhörungen und Gespräche zu diesem Thema. Wir haben das Landesarchiv besucht, und der Besuch ließ uns erahnen, welche Herausforderungen da auf uns zukommen. Kulturgut in Archiven zu erhalten, ist nämlich ebenfalls eine wichtige Präventionsarbeit. Aber die Politik läuft an dieser Stelle erhabenen Hauptes in den Abgrund.

Tag für Tag gehen schon jetzt wichtige Kulturgüter für immer verloren, weil sie entweder nicht erhalten werden können oder in der heutigen Zeit Kulturgüter von morgen nicht archiviert werden können. Denn entweder ist kein Geld dafür da oder kein ausreichendes Wissen, um dieser Aufgabe nachzukommen.

Schon jetzt sagen einige Experten: Zum Anfang des 21. Jahrhunderts werden die Geschichtsbücher von übermorgen viele weiße Seiten enthalten – auch, weil die Landespolitik den Ernst der Lage nicht erkennt, den die Digitalisierung mit sich brachte. Statt jetzt die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen und vor allem die kleinen kommunalen Archive zu unterstützen, wird einfach weggeschaut. Wenn mal eine Diskussion entbrennt, wirft man mal eben mit Begriffen wie der kommunalen Selbstverwaltung oder dem Konnexitätsprinzip um sich, und der Drops ist gelutscht; die Debatte ist beendet.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf ist trotz der paar winzigen Impulse in Gänze eine Missachtung der eigenen Verantwortung und damit für uns nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung spricht wiederum Frau Ministerin Kampmann.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer Welt, die sich im Wandel befindet, die immer wieder neue Themen und Fragestellungen hervor-

bringt, sind Kunst und Kultur aus unserer Sicht unverzichtbar. Vor allem, wenn wir auf die integrative Kraft von Kunst und Kultur anspielen, ist beides für uns von wirklich unschätzbbarer Bedeutung.

Deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung zusammen mit den regierungstragenden Fraktionen die Kultur in diesem Land ganz deutlich stärkt, denn – wir haben es eben schon gehört, aber man kann es nicht oft genug sagen – zum ersten Mal übersteigt der Kulturhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen die 200-Millionen-Marke. Das sind fast 13,5 Millionen € mehr für den Kulturetat. Allein 7 Millionen resultieren aus den Änderungsanträgen. Dafür gilt den regierungstragenden Fraktionen an dieser Stelle mein ganz herzlicher Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, knapp 5 Millionen € davon werden für das Düsseldorfer Schauspielhaus bereitgestellt, um die derzeit laufende Innensanierung abschließen zu können. Aber damit ist das Engagement der Landesregierung hinsichtlich weiterer Kulturvorhaben noch lange nicht erschöpft. Wir unterstützen zwei weitere Kulturbauten – auch das ist heute schon angeklungen –: Das betrifft zum einen das Josef-Albers-Museum „Quadrat“ in Bottrop und das Otto-Pankok-Museum in Hünxe, zwei wirklich sinnvolle Investitionen. Ich war neulich selbst in Bottrop und konnte mich überzeugen. Ich glaube, dass unser Geld dort sehr gut angelegt ist.

Aber es gibt noch weitere gute Botschaften. Zu nennen ist hier die Finanzierung für den Bau des Pina-Bausch-Zentrums in Wuppertal. Bund, Land und Kommune arbeiten gemeinsam an diesem herausragenden Projekt in Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist es gut, dass wir auch dieses Projekt weiterhin finanziell unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Unterstützung der Fraktionen können wir mit diesem Kulturetat viele wichtige Projekte mit zusätzlichen Mitteln anstoßen und fortführen. Lassen Sie mich einige nennen – es ist eben schon angeklungen.

Das ist zum einen der Ausbau der Seiteneinsteigerklassen bei „Jekits“. Wir ermöglichen damit Kindern aus geflüchteten Familien, bei diesem Programm mitzumachen. Diese Kinder brauchen Perspektiven. Diese Kinder müssen in ihrer Entwicklung gefördert werden. „Jekits ist hierbei ein zum einen erprobtes und zum anderen auch wirklich sehr zielführendes Programm.

Ich bin auch froh – ich finde, auch das sollte in dieser Debatte erwähnt werden –, dass es uns gelungen ist, zusätzliche Mittel für Tarifsteigerungen in Höhe von 600.000 € bereitzustellen, weil wir damit die Abkoppelung der Kultureinrichtungen von der Tarifentwick-

lung verhindern. Das ist ein gutes und wichtiges Zeichen, auf dem wir in den nächsten Jahren auch noch aufbauen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir entwickeln Bewährtes weiter, aber wir gehen an vielen Stellen in der Kulturpolitik auch neue Wege. Wir geben mit diesem Haushalt ein positives Signal für die Kultur, für die Kulturschaffenden, für Land, Kommunen und Kultureinrichtungen.

Wenn Sie nach Konzepten suchen, lieber Herr Prof. Sternberg, dann schauen Sie einfach mal in den Kulturförderplan. Da geht es unter anderem um die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern, die in Ihrer Rede jedenfalls keine Rolle gespielt haben, die aus unserer Sicht aber wichtig sind und stärker in den Blick genommen werden müssen. Herr Keymis hat sie eben erwähnt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir senden mit diesem Kulturhaushalt ein wichtiges und vor allem starkes Signal in Richtung Kunst und Kultur. Ich möchte mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss bedanken und freue mich, das im nächsten Jahr fortzusetzen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Müller das Wort.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Kampmann, es ist schön, Sie mal wieder zu sehen,

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

weil es ja auch so selten ist. Seit Ihrem Antrittsbesuch sind Sie im Sportausschuss nicht mehr erschienen. Das halte ich für eine grobe Missachtung des Parlaments und seiner Ausschüsse.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie kommen immer mit der Entschuldigung, es sei Kabinettsitzung. Da können Sie ruhig mal fehlen, denn da passiert sowieso nichts Vernünftiges.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zur Sportbilanz von Rot-Grün der letzten Jahre. Sie haben mit dem „Pakt für den Sport“ gut angefangen, und den werden wir auch weiterführen.

Aber dann: Die Sportpauschale liegt seit dem 10. März 2004 bei 50 Millionen. Allein diese Sportpauschale ist ein Dokument des Stillstandes in der Sportpolitik. Motorische Tests, Übungsleiterpauschale, Trainerbezahlung, das sind ursprünglich alles Anträge der CDU-Fraktion gewesen – von daher kommt man uns ja nicht mit dem Vorwurf, keine Anträge gestellt zu haben –, die Rot-Grün alle abgelehnt und dann zeitversetzt von der CDU abgekupfert hat. Das Ergebnis wäre ja in Ordnung gewesen, wenn es gut gemacht worden wäre, was in den meisten Fällen aber nicht der Fall war.

Ich komme nun zur Neustrukturierung des Leistungssports. Frau Ministerin, da haben Sie mit hohen und höchsten Sportherrn zusammengesessen. Ich unterstelle mal, dass Sie selbst da waren, denn das sind ja keine popeligen Landtagsabgeordneten. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie im Sportausschuss einen Bericht über die Strukturen geben, die geändert werden sollen, damit der Spitzen- und Leistungssport in Deutschland international wieder besser aufgestellt ist. Darauf haben wir einen Anspruch. Und schicken Sie nicht irgendwen, sondern ich bin schon der Meinung, dass Sie selber kommen sollten.

Ich komme zum Fazit: Der Sporthaushalt ist ideenlos, lustlos und perspektivlos.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Und jetzt kommt die Neuausrichtung von Herrn Müller!)

Ich stelle fest, dass auch hier wieder, wie so oft bei Ihnen, gilt: schwach angefangen und stark nachgelassen!

(Zuruf von der SPD: So wie diese Rede auch!)

Aber das wird sich ändern, wenn wir nächstes Jahr wieder die Regierung stellen.

(Zuruf von der SPD – Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Liebe Frau Kampmann, ich komme auf den Beginn meiner Rede zurück: Ich würde mich freuen, wenn ich Sie nach Ihrer ersten Sitzung zum Einstand im März zur letzten Sitzung zum Ausstand wieder begrüßen könnte!

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE]: Das waren ja viele Vorschläge, Herr Müller!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bischoff das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, Ihr Auftritt ist eine Unverschämtheit, das sage ich Ihnen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Wieso?)

Wir haben vor vier Jahren unter der Moderation des Ausschussvorsitzenden festgelegt, dass die Sportausschusssitzungen immer dienstags sein sollen, im Wissen, dass zu dem Zeitpunkt Kabinettsitzung ist, im Wissen, dass die Ministerin nicht wird anwesend sein können. Dem haben Sie zugestimmt. Wir haben letztes Jahr sogar die Termine für dieses Jahr festgelegt. Da haben Sie dasselbe vorgetragen wie jetzt gerade. Ich habe Sie damals aufgefordert, doch bitte schön andere Termine vorzuschlagen. Sie haben aber zugestimmt, dass es der Dienstag sein soll. Und jetzt stellen Sie sich hierhin und kritisieren: Die Ministerin kann nicht. – Das ist eine Unverschämtheit, was Sie betreiben! Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Bischoff, Herr Müller würde Ihnen gerne eine Frage stellen. Lassen Sie die zu?

Rainer Bischoff (SPD): Ja, gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann müssten Sie sich bitte noch einmal eindrücken, Herr Müller. – Halt, erst eindrücken. – Einmal drücken, Herr Kollege. Nur einmal drücken. – So, jetzt nicht mehr drücken.

(Heiterkeit von der SPD)

Holger Müller (CDU): Herr Kollege Bischoff, ist Ihnen bekannt, dass der Beginn der Sitzung um 16:00 Uhr seinerzeit ausdrücklich vereinbart wurde, damit die Ministerin – das war damals Frau Schäfer – hin und wieder Zeit hat, aus der Kabinettsitzung zu kommen? Sonst hätten wir um 15:00 Uhr anfangen können. Ist Ihnen das noch bekannt?

Rainer Bischoff (SPD): Nein. Das ist das erste Mal, dass ich das von Ihnen höre. Wir haben Ob- und Sportausschusssitzungen zu dem Thema abgehalten. Das haben Sie aber noch nie vorgetragen, in vier Jahren nicht. Das ist mir nicht bekannt. Nein, das ist mir wahrlich nicht bekannt.

Jetzt will ich aber eigentlich zum Haushalt reden. Ich muss jedoch für die Zuschauerinnen und Zuschauer noch auf etwas hinweisen. Er sprach von Anträgen, die die CDU gestellt hätte. – Sie haben nicht nur gar keinen Antrag zu diesem Haushaltspunkt gestellt – es gibt keinen CDU-Antrag –, sondern es gab, obwohl wir das Thema dreimal im Sportausschuss diskutiert haben,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

dort keine einzige Wortmeldung des Herrn Müller dazu. Er hat nicht mal den Haushalt kritisiert. Er hat gar nichts gemacht, schlichtweg gar nichts, und stellt sich jetzt hierhin und erzählt irgendwas von fiktiven CDU-Anträgen, die es überhaupt nicht gibt.

(Zuruf von Holger Müller [CDU])

Wer vor Ihnen steht – jetzt komme ich zum Haushalt –, ist in der Tat ein stolzer sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, weil wir mit dem Haushalt Kontinuität und Weiterentwicklung verbinden. Darauf ist Herr Müller nicht eingegangen. Wir haben Kontinuität, indem in keinem Punkt der Sportpolitik irgendeine Kürzung oder Reduzierung vorgenommen wird. In keinem Punkt!

Wir haben eine Weiterentwicklung, weil wir im Bereich „Flüchtlinge“ nicht nur in diesem Haushalt, sondern sogar schon im Nachtragshaushalt die Forderung des Landessportbundes übererfüllt haben. Auf die neue Herausforderung der Flüchtlinge eingehend, bekommt jetzt jeder Stadt- oder Kreissportbund eine halbe Stelle, die sich ausschließlich mit der Beratung der Vereine und der Betreuung der Flüchtlinge beschäftigt. Wir nehmen also neue Herausforderungen an.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

– Ja, der Beifall ist berechtigt.

Wir nehmen neue Herausforderungen an und entwickeln uns in diesem Haushalt weiter.

Der zweite Punkt, der in meinen Augen ganz gravierend ist, ist die Förderung des Ehrenamts. Sie erzählen hier etwas von der Übungsleiterpauschale, die sich nicht bewegen würde, haben aber gar nicht reingeguckt. Zum zweiten Mal nacheinander erhöhen wir die Übungsleiterpauschale um 900.000 €. Das sind ehrenamtlich arbeitende Menschen, die Kinder und Jugendliche in den Vereinen als Trainerinnen und Trainer betreuen. Wir kommen damit für die Ehrenamtler in zwei Jahren von 5,7 Millionen € auf einen Betrag von 7,5 Millionen €. Wer schnell rechnen kann: Das sind mehr als 30 %, die wir in zwei Jahren draufgegeben haben, um das Ehrenamt zu fördern. Das nehmen Sie gar nicht wahr, Herr Müller. Sie lesen den Haushaltsantrag gar nicht, so scheint mir das jedenfalls.

(Beifall von Georg Fortmeier [SPD])

Die Botschaft dieses Haushaltes ist damit klar. Die gesellschaftspolitische Bedeutung – siehe Flüchtlinge – und das Ehrenamt des Sports verstärken, fördern und unterstützen wir. Das ist die Botschaft dieses Haushaltes – eine sehr gute Botschaft, wie ich finde. Ich bin mal gespannt, ob die anderen Oppositionsparteien sich so wie Herr Müller verhalten, oder ob sie das in den folgenden Redebeiträgen anerkennen werden. Das wäre ehrlich und eine Vorgehensweise, die redlich wäre.

Bei der Abstimmung setzen wir darauf, dass die sportpolitische Bedeutung des Sports gestärkt wird. Wer das auch möchte, der möge dann nachher diesem Haushalt zustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Seien Sie so nett, bleiben Sie noch einen Moment vorne, weil Herr Kollege Müller sich zu einer Kurzintervention gemeldet hat.

(Rainer Bischoff [SPD]: Ja, warum nicht. Gerne. Wenn er den Knopf jetzt findet.)

Herr Kollege Müller, einmal drücken bitte. Jetzt erhalten Sie das Wort für 90 Sekunden, und danach wird Herr Kollege Bischoff 90 Sekunden antworten. – Einmal drücken, Herr Kollege. Einmal! Wirklich, lassen Sie jetzt die Finger weg von dem Knopf.

(Allgemeine Heiterkeit)

So, jetzt geht es los.

Holger Müller (CDU): Herr Kollege Bischoff, wollen wir doch mal – in dem Fall sage ich das ganz bewusst – bei der Wahrheit bleiben.

(Rainer Bischoff [SPD]: Ja, da bin ich ein Freund von!)

Die CDU-Fraktion hat über Jahre die Erhöhung der Übungsleiterpauschale gefordert. Das aber haben Sie über all die Jahre abgelehnt. Und jetzt sind Sie damit im Wahljahr gekommen. Es ist ja gut, dass Sie gekommen sind, aber uns zu unterstellen, wir hätten nichts getan, stimmt nicht.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Die CDU hat auch immer Schuldenabbau gefordert!)

Die motorischen Tests haben wir über viele Jahre beantragt. Irgendwann voriges Jahr hat die Landesregierung in 33 von 396 Kommunen Modellprojekte eingeleitet. In dem Papier, das ich ansprach, steht expressis verbis, dass wir mit der Talentsuche früher anfangen wollen. Das haben Sie auch über Jahre abgelehnt und dann irgendwann etwas dazu gebracht. Genauso verhält es sich mit der Trainerbezahlung. Diese Anträge haben wir auch über Jahre eingebracht, Sie haben abgelehnt.

Wenn Sie mir zugehört haben, wissen Sie, dass ich gesagt habe: Irgendwann hat Rot-Grün die Anträge zeitversetzt gebracht und von der CDU abgekupfert. – Das habe ich gesagt. Und uns zu unterstellen, wir hätten keine Anträge gestellt, ist eine glatte Unverschämtheit, wenn man weiß, dass alle unsere Anträge meistens nur deshalb abgelehnt werden, weil eben „CDU“ darauf steht und nicht „SPD/Grüne“.

(Beifall und Zustimmung von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Bischoff hat für 90 Sekunden das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Herr Müller, zum Mitschreiben: Bei der Wahrheit bleiben! Die Übungsleiterpauschale erhöhen wir jetzt auf den Betrag des Jahres 2005. Danach haben Sie regiert, und Sie haben sie so heruntergekürzt, dass wir sie jetzt wieder erhöhen. Sie erzählen uns hingegen, Sie hätten dauernd verlangt, dass wir mehr machen. Es ist doch Blödsinn, was Sie erzählen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das war nicht parlamentarisch.

Rainer Bischoff (SPD: Entschuldigung. Das war in der Tat grenzwertig. Aber was Sie hier vortragen, Herr Müller, ist mit der Wahrheit, die Sie gerade eingefordert haben, nicht in Einklang zu bringen. Das war jetzt parlamentarischer formuliert. Wir haben Ihr Defizit gerade wieder ausgeglichen, und Sie setzen sich hier hin und sagen, Sie hätten das gefordert. Sie hätten das 2006 fordern müssen, als Sie regiert haben. Damals haben Sie das aber nicht gemacht. Da kam doch überhaupt nichts.

Sagen Sie mir doch bitte, welche Anträge Sie dieses Jahr, letztes Jahr und vorletztes Jahr zur Sportpolitik gestellt haben. Gar keinen. Sie haben überhaupt keinen Antrag gestellt. Sie stellen sich aber hierhin und sagen, wir würden Ihre Anträge übernehmen. Dabei können wir das überhaupt nicht, weil Sie gar keine Anträge stellen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – So weit die Kurzintervention und die Antwort darauf. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Kerbein das Wort. Bitte.

Dr. Björn Kerbein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die bisherigen Beiträge waren sehr emotional und mitunter sehr unterhaltsam. Ich möchte nicht auf alle Aspekte eingehen, sondern ein paar neue Aspekte einbringen und zur Sachlichkeit beitragen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung für den Bereich Sport bietet leider auch in diesem Jahr keine Überraschung – zumindest nicht in positiver Hinsicht. Mein Kollege Holger Müller hat dazu schon auf vieles hingewiesen.

Bereits im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle betont, dass es aus meiner Sicht in der Sportpolitik nicht immer nur aufs Geld ankommt, sondern auch gute Ideen und vor allem Mut gefragt sind. Der Sport leistet sehr viel für unsere Gesellschaft. Nehmen Sie nur die Herausforderungen, vor die uns die Integration der großen Zahl von Flüchtlingen stellt. Gerade viele der jungen Flüchtlinge finden ein zweites Zuhause in unserer Sportfamilie, in einem Sportverein bei uns, bei Ihnen vor der Tür im Ort. Allerdings fehlen Konzepte zur Integration und eine langfristige Finanzierung.

Nothilfen und kurzfristig aufgelegte Programme waren notwendig und richtig. Die eigentliche Herausforderung steht uns aber noch bevor, meine Damen und Herren.

Wir dürfen uns dabei nicht darauf verlassen, dass die Ehrenamtler in den Vereinen das schon stemmen werden. Kein Zweifel: Das tun sie, so gut sie es können. Sie machen einen tollen Job.

Wir Politiker haben dabei fast nur eine Aufgabe: Wir müssen unseren engagierten Ehrenamtlichen den Rücken freihalten. Wir müssen dafür sorgen, dass sie neben der wichtigen Arbeit, die sie leisten, nicht noch in der Bürokratie ersticken.

Dazu haben wir seitens der FDP-Fraktion in der Vergangenheit einige Anträge im Sportausschuss gestellt, auf die ich hier nicht im Einzelnen rekurrieren möchte.

Der Vorsitzende eines Fußballvereins bei mir in Ostwestfalen, der sich sehr gut um die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund kümmert, hat mir berichtet, dass es je nach Herkunftsland der jungen Spieler ein teilweise fast unmöglicher bürokratischer Akt ist, eine Spielerlizenz zu erhalten. Es kann auch nicht sein, dass sich viele nicht mehr vorstellen können, im Vorstand eines Sportvereins mitzuarbeiten und sich dafür wählen zu lassen, weil sie das Gefühl hätten, den Verwaltungsaufgaben in der Freizeit nicht mehr gewachsen zu sein.

An dieser Stelle Abhilfe zu schaffen, würde nichts kosten. Man könnte es einfach zur gängigen Praxis machen, die bei Förderprogrammen und anderen Projekten des Landes an die Vereine gestellten Anforderungen und Dokumentationspflichten auch durch die Brille der Ehrenamtlichen zu betrachten. Man sollte prüfen: Ist das für jemanden zu leisten, der sich nach seinem Vollzeitjob abends zu Hause an den Schreibtisch setzt und für seinen Sportverein Fördermittel beantragt? – Das würde schon sehr viel bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion lehnt den Sportetat als Teil des Gesamtetats natürlich ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Kerbein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Holger Müller, Ihr Redebeitrag war wie immer durchaus unterhaltsam und hat dieses Prädikat auch verdient. Ich will Ihnen außerdem zugestehen, dass Sie als CDU-Landtagsfraktion in der Vergangenheit in der Tat Haushaltsanträge gestellt haben. Zur Wahrheit gehört aber genauso, dass Ihre Fraktion gleichzeitig Haushaltsanträge gestellt hat, mit denen pauschal über alle Förderprogramme Kürzungen von 20 % gelegt werden sollten.

Das heißt: Am Ende des Tages war das, was Sie hier vortragen, „linke Tasche, rechte Tasche“. Und den Leuten haben Sie dabei in die rechte Tasche noch hineingegriffen. So ist es doch.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Schaut man sich diesen Sporthaushalt und die Debatte an, die wir dazu heute führen, muss man feststellen, dass bei Ihnen, Herr Müller und Herr Dr. Kerbein, vieles im Klein-Klein stecken geblieben ist. Ich will daher noch einmal deutlich machen, was aus meiner Sicht die Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen ausmacht und was dieser Haushalt abbildet.

Uns geht es – neben den positiven Eindrücken, die wir vermutlich alle miteinander teilen, zum Beispiel bei den Olympischen Spielen und den Paralympischen Spielen – auch darum, die Schattenseiten in den Blick zu nehmen. Unter anderem gehört der Kampf gegen Doping zu den Dingen, denen wir uns gemeinsam annehmen müssen. Das bildet dieser Haushalt ab. Aus meiner Sicht ist das ein wichtiger Beitrag dazu, der großen Glaubwürdigkeitskrise der internationalen Sportorganisationen und des Spitzensports zu begegnen.

Dennoch ist die Anziehungskraft des Sports und vor allen Dingen des Breitensports nach wie vor ungebrochen. Es ist unser Ziel, einen Sport für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Ich freue mich sehr, dass auch in diesem Haushalt die 250.000 € für die inklusiven Sportangebote fortgeschrieben wurden; denn ich glaube, dass vor allem die Sportvereine einen wichtigen Beitrag zur Inklusion von Menschen mit und ohne Behinderung in diese Gesellschaft leisten.

Zudem – Kollege Bischoff hat es bereits angesprochen – wird die Integrationsarbeit noch einmal konsequent gestärkt. Herr Dr. Kerbein, Sie sagen, da würde nichts Richtiges oder gar nichts passieren. Doch, da passiert etwas. Sie müssen nur in den Haushalt schauen. Darin sind 950.000 € vorgesehen, um eine personelle Kontinuität in den Sportbünden herzustellen und die Sportvereine an dieser Stelle zu unterstützen.

Es ist wichtig, den Sport als Inklusions- und Integrationsmotor sowie als Player in der Gesellschaft, der eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat, zu stärken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Bischoff hat die Übungsleiterpauschale bereits angesprochen. Danach kam es ja zu einem kleinen Streit darüber, wer die Erhöhung der Übungsleiterpauschale nun erfunden hat. Ich denke, ehrlich gesagt, dass es den Übungsleiterinnen und Übungsleitern in Nordrhein-Westfalen egal ist, wer das erfunden hat. Wichtig ist, dass die Gelder im Haushalt stehen.

Wir haben jetzt einen weiteren Schritt getan, um die Übungsleiterinnen und Übungsleiter noch einmal zu entlasten und ihre wichtige Arbeit in besonderer Art und Weise zu würdigen.

Denn der Sport ist mit seinen vielen Ehrenamtlichen einer der wichtigsten Träger des zivilgesellschaftlichen Engagements in diesem Land. Dieser Haushalt bildet das auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Kampmann.

(Zuruf von Ministerin Christina Kampmann)

– Entschuldigung. Herr Lamla steht nicht auf meiner Liste. Dann hat selbstverständlich erst Herr Kollege Lamla für die Piraten das Wort.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Ministerin, für das Aufpassen. Das ist sehr fair. – Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Sporthaushalt war in der gesamten Legislaturperiode schon ein bisschen vom Stillstand geprägt. Das kann man nicht anders sagen. Es hat sich nicht besonders viel getan.

Frau Ministerin, in der letzten Haushaltsrede haben Sie der Opposition Ideenlosigkeit vorgeworfen. Sie hatten jetzt ein Jahr lang Zeit, einmal so richtig zu zeigen, welche Ideen da in Ihnen sprudeln. Was Sie davon verwirklicht haben, war, wie man feststellt, wenn man nach einem Jahr einen Schlussstrich darunter zieht, zumindest nichts Eigenes. Vielleicht rühmen Sie sich gleich damit, dass Sie die Öffnung des Programms „1000 mal 1000“ für inklusive Sportangebote ermöglicht haben. Nun, diese Idee stammt nachweislich von der Piratenfraktion.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Vielleicht rühmen Sie sich gleich damit, dass das Programm „KommSport“ zu Ihrer Zeit initiiert worden ist. Auch das ist eine Idee der Piraten. Nur nannten wir es nicht „KommSport“, sondern „Kommunalsport“.

Angesichts der Zeit möchte ich mich aber nicht über Begriffe streiten. Wichtig ist mir, dass wir anfangen, Sport- und Bewegungsangebote in den Kommunen neu zu denken und bestehende Angebote zu vernetzen und auszubauen; denn das Sportbedürfnis der Menschen jeglichen Alters hat sich gravierend verändert.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, noch einmal: Die Redezeit ist überschritten.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin.

Präsidentin Carina Gödecke: Nein, sofort.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Selbst organisierte Sportangebote nehmen an Bedeutung zu, und Vereinsangebote nehmen an Bedeutung ab. Dazu gibt es wissenschaftliche Zahlen, die auch im Ausschuss mehrfach vorgetragen worden sind.

Diese Tatsache wurde viel zu lange ignoriert. Das liegt eventuell daran, dass die Sportpolitik in NRW ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Lamla, die Redezeit ist um eine Minute überschritten.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Ich komme sofort zum Schluss.

Präsidentin Carina Gödecke: Nein, Sie kommen jetzt unmittelbar zum Schluss; sonst schalte ich Ihnen das Mikrofon ab.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Das liegt eventuell daran, dass die Sportpolitik in NRW leider viel zu stark vom Landessportbund beeinflusst wird.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Lamla, vielen Dank.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Vielleicht bekomme ich gleich noch etwas Zeit.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Jetzt hat Frau Ministerin Kampmann für die Landesregierung das Wort.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, das Jahr 2016 war für uns und für alle Menschen, die auch nur im Entferntesten sportbegeistert sind, dank der herausragenden Sportereignisse, die wir hatten, wirklich ein großartiges Jahr.

Schon im Januar wurden unser Handballer überraschend Europameister. Die Fußballnationalmannschaft hat sich bei der EM wieder einmal bis ins Halbfinale vorgekämpft. Die Olympischen und Paralympischen Spiele in Rio waren, glaube ich, für uns alle absolute Highlights im Sportkalender.

Die Faszination, die von diesen Sportgroßveranstaltungen ausgeht, zieht trotz vielfach auch berechtigter Kritik alle irgendwie in ihren Bann. Das Mitfiebern, die Spannung und das Staunen über Höchstleistungen, die wir an ganz vielen Stellen hatten, haben nicht nur Wirkung auf Sie und auf mich. Als Sportministerin hoffe ich, dass es auch Sportabstinente vielleicht dazu motiviert, wieder einmal selbst sportlich aktiv zu werden.

Insgesamt sind diese wichtigen Impulse, die der Sport uns liefert, auch eine Chance, die wir durch die Ausrichtung unserer Sportförderung nicht ungenutzt lassen wollen – etwa in unseren Sportvereinen. Unsere Sportvereine ermöglichen denjenigen, Sport für sich zu entdecken, die ihn regelmäßig betreiben wollen und die Tag für Tag die Auswahl aus ganz unterschiedlichen individuellen Sportangeboten haben.

Es ist nicht zuletzt auch unserer Förderung geschuldet, dass diese Angebote auch diejenigen erreichen – das ist uns als Landesregierung wichtig –, die selbst an vielen Stellen über geringe Teilhabechancen verfügen.

Die Förderung der Übungsarbeit durch die Übungsleiterpauschale ist dabei ein wesentlicher Beitrag im Rahmen der Unterstützung des Landes. Deshalb haben wir bereits im vergangenen Jahr die Erhöhung der Übungsleiterpauschale beschlossen – das war auch richtig –, und zwar in zwei Schritten, nämlich 2016 und 2017.

Die Übungsleiterpauschale wird nunmehr auf 7,56 Millionen € erhöht. Das ergibt ein Plus von nun 900.000 € im Haushaltsentwurf 2017. Das hilft den Sportvereinen unmittelbar vor Ort. Vor allem ist das auch eine Anerkennung der Sportvereine vor Ort.

Diese Arbeit wirkt auch integrativ. Außerdem macht sie den Sport – das ist heute wichtiger denn je, glaube ich – zu einem Plädoyer gegen Ausgrenzung und gegen Hass. Gerade jetzt brauchen wir dieses Plädoyer, meine sehr verehrten Damen und Herren,

und zwar ganz fest in unserer Zivilgesellschaft verankert.

Das machen die Sportvereine möglich. Wir sehen, dass es oft ganz kleine Hilfen sind, die eine besondere Qualität hervorbringen, wenn wir über eine gelingende Integration auch über den Sport sprechen. Denn genau da, wo gemeinsam Verantwortung übernommen wird, da, wo gemeinsam für ein Ziel, für den Erfolg, gekämpft und trainiert wird, und da, wo man auch einmal gemeinsam eine Niederlage durchsteht und sich wieder motiviert, haben Hass und Rassismus keine Chance.

Deshalb ist es richtig, auch durch diesen Haushalt an dieser Stelle ganz klare Akzente zu setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das machen wir mit der Erhöhung des Ansatzes „Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbände“ auf 935.000 €. Wir gehen daran, die Sportangebote für Flüchtlinge zu erweitern, um sie dann sukzessive in Sportintegrationsangebote zu transformieren.

Unser Ziel ist es, geflüchtete Menschen auf allen Ebenen, und zwar dauerhaft, als Sporttreibende sowie als Sporthelferinnen und Sporthelfer zu gewinnen, sie als Übungsleiterinnen und Übungsleiter auszubilden und sie dann auch langfristig zu halten und in unser Sportsystem zu integrieren.

Zur Leistungssportreform haben Sie von mir einen Bericht gefordert, Herr Müller. Diesen Bericht habe ich dem Ausschuss zukommen lassen. Dafür, dass Sie heute so viel über meine Anwesenheit geredet haben, bekommen Sie selbst offensichtlich im Ausschuss ziemlich wenig mit. Vielleicht sollten Sie sich den Bericht noch einmal anschauen. Er ist Ihnen nämlich rechtzeitig zugangan.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie sehen, stützen und unterstützen wir den Sport in der Breite und in der Spitze. Wir unterstützen damit auch die gesamtgesellschaftliche Funktion des Sports. Wir setzen hier als Landesregierung und als regierungstragende Fraktion ganz klare und deutliche Akzente. Deshalb sind wir in der Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen auch sehr gut aufgestellt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als letzte gemeldete Rednerin hat jetzt Frau Kollegin Hanses für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dagmar Hanses* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Abschluss der Beratungen zum Einzelplan 07 möchte ich noch einmal auf die grüne Sicht, die eigenständige einmischende Jugendpolitik, Wert legen.

Wenn mit diesem Einzelplan, der ja sehr unterschiedliche Themenbereiche beinhaltet, solche Urgesteine wie Herr Tenhumberg und Herr Prof. Dr. Sternberg hier quasi ihren Abschiedshaushalt beraten, dann möchte ich mich bei diesen Kollegen noch einmal herzlich bedanken. Das waren sicherlich zwei Herren, die stark für ihre Themen eingetreten sind. Aber es hat sich leider nicht in der Haushaltspolitik der CDU widerspiegelt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie sind damit nicht durchgekommen. Das ist keine konsistente Haushaltspolitik. Deshalb hilft es in post-faktischen Zeiten, doch wirklich einmal einen Faktencheck zu machen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die CDU hat keine Haushaltsanträge zur Verbesserung der Jugendpolitik eingebracht – ganz im Gegenteil.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die CDU hat hier eindeutig mehrfach die Kürzungen der Förderprogramme und damit auch des Kinder- und Jugendförderplans vorgeschlagen und erklärt dann im Nachhinein, das sei ja alles nicht so gemeint gewesen. Das nimmt Ihnen da draußen niemand mehr ab.

Die offene und verbandliche Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die Freiwilligendienste wissen genau, dass sie in dieser Landesregierung eine starke Lobby für Kinder und Jugendliche haben – selbstverständlich verlässlich mit einer Steigerung, die wir jetzt eingebracht haben.

Ich möchte noch einen Aspekt ansprechen, der noch nicht genannt wurde. Wir stärken auch mit 1,4 Millionen € die ehrenamtlichen Vormundschaften für junge Geflüchtete. Im Ausschuss wurde beispielsweise über das Projekt „Do it!“ berichtet. Es hilft jungen Geflüchteten, hier anzukommen, wenn sie Vormundinnen und Vormunde haben, die sich um sie kümmern. Deshalb sage ich ihnen vielen Dank für ihr Engagement.

Doch leider hat das nichts mit der Haushaltspolitik der CDU tun.

Wir unterstützen den Einzelplan 07 mit den rot-grünen Ergänzungen und freuen uns darüber, dass Kinder und Jugendliche damit weiterhin gestärkt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hanses. – Damit sind wir am Ende der Debatte zum Einzelplan 07.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13507, den Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? CDU, FPD und Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13507 in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden.

Wir sind nun in der Lage, die ausgesetzte Abstimmung zum Einzelplan 03, Ministerium für Inneres und Kommunales, in Verbindung mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 nachzuholen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13503, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte sich dem anschließen? – Das sind wiederum SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13503 in Verbindung mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 20, zu dem wir bereits gestern die Aussprache geführt haben. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13520, den Einzelplan 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dem zustimmen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13520 in zweiter Lesung** mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind alle Einzelpläne beraten. Jetzt kommen wir zu den notwendigen weiteren Abstimmungen.

Erstens stimmen wir über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 ab. Wie Sie erkannt haben, handelt es sich dabei um das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 Drucksache 16/12502. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/13517 sowie die Ergänzung Drucksache 16/13400 liegen Ihnen vor. Die